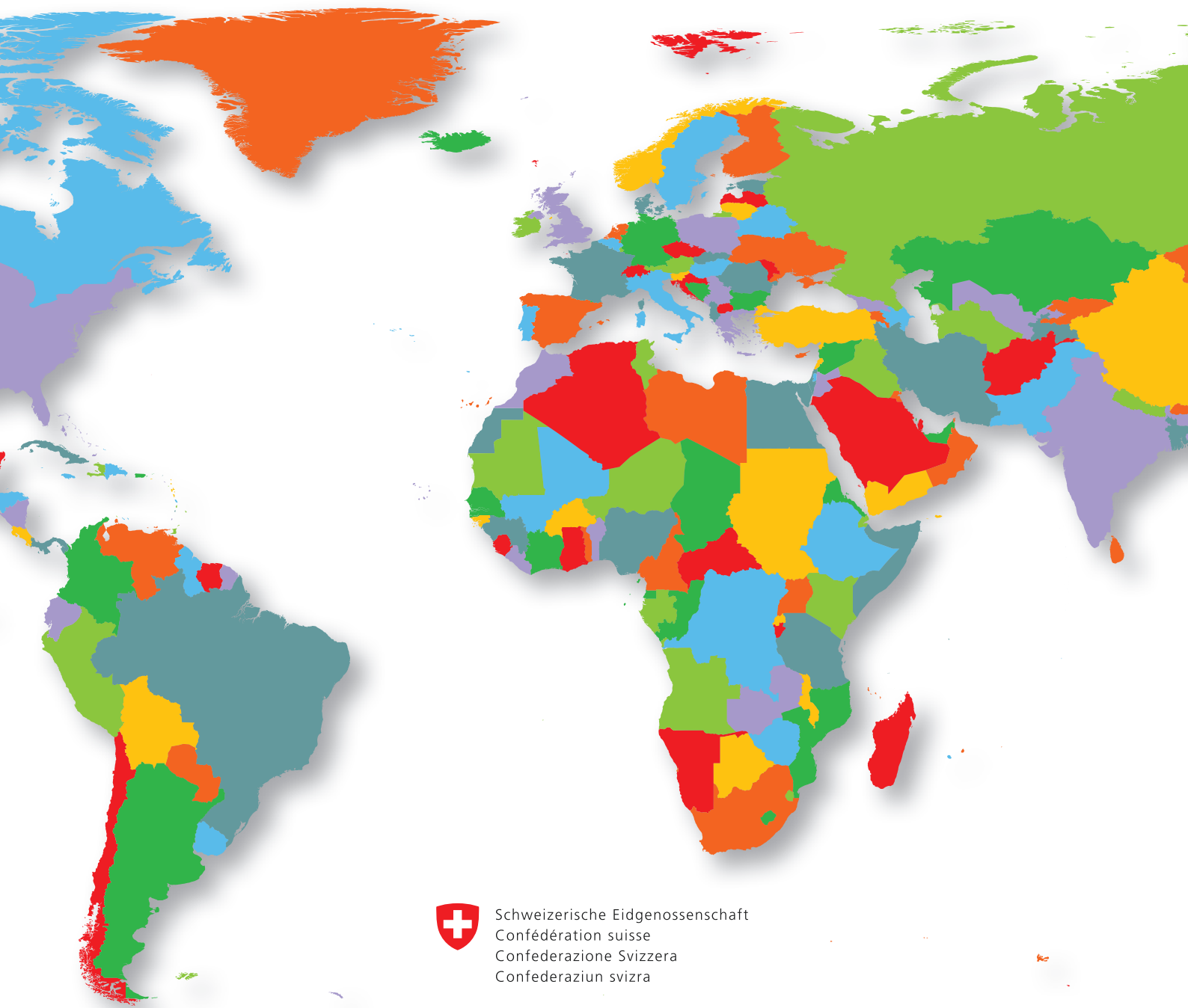


Schweizerischer Bundesrat

Millenniums- entwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2010

Juni 2010



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

Inhalt

Zusammenfassung	4
Die globalen Entwicklungsziele	6
Fortschritt aus UNO Sicht	7
Bedeutung der MDGs für die Schweiz	9
Kohärenz für Entwicklung	11
Beitrag der Schweiz zur Erreichung der MDG	13
MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers	13
MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulausbildung	15
MDG 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen	17
MDG 4/5: Senkung der Kindersterblichkeit und Verbesserung der Gesundheitw von Müttern	18
MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten.	20
MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit	21
MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft	25
Frieden, Sicherheit, und Menschenrechte als Voraussetzungen zur Erreichung der MDGs	32
Friedensbildung, Krisenprävention und -Management	32
Beiträge von Schweizer Partnern an die MDGs	35
Zivilgesellschaft und MDGs	35
Schwierigkeiten auf dem Weg zu den MDGs	39
Ausblick auf 2011–2015 und darüber hinaus	41
Abkürzungen	43

Zusammenfassung

Im Jahre 2000 einigten sich die UNO Mitgliedsländer auf acht Millenniumsentwicklungsziele¹, welche bis 2015 erreicht werden sollen: Bis 2015 – im Vergleich zu 1990 – sind Armut und Hunger um die Hälfte zu reduzieren, die allgemeine Primarschulbildung für alle zu gewährleisten, die Gleichbehandlung der Geschlechter durchzusetzen, die Mütter- und Kindersterblichkeit um zwei Drittel beziehungsweise drei Viertel zu senken, die Verbreitung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten einzudämmen, die ökologische Nachhaltigkeit zu sichern, und eine globale Partnerschaft für Entwicklung aufzubauen. Mit den MDGs hat sich die Staatengemeinschaft erstmals für einen konkreten Zeitrahmen globale Entwicklungsziele gesetzt.

Am Millenniumsgipfel vom September 2010 wird die UNO-Generalversammlung zum zweiten Mal nach 2005 eine Zwischenbilanz ziehen. Aus diesem Anlass legt der Bundesrat diesen Bericht vor, der sich an die Schweizer Öffentlichkeit, speziell an Schulen aller Stufen, an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Medienschaffenden, sowie an eine interessierte globale Leserschaft richtet.

Der Bericht beleuchtet anhand von konkreten Beispielen die Bedeutung der MDGs für die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit und illustriert entlang der acht Ziele wie die Schweiz, in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern, einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der MDGs leistet. Neben den Aktivitäten des Bundes, tragen auch Kantone, Gemeinden, private Schweizer Hilfswerke, Unternehmen und Schweizer Universitäten zur Erreichung der Entwicklungsziele bei.

Die Analyse der Ursachen von Armut oder globaler Trends stehen nicht im Zentrum des Berichts. Darüber informieren unter anderem die UNO, die Weltbankgruppe und die Regionalen Entwicklungsbanken.

Die Fokussierung auf die MDGs hat die Geberstaaten dazu veranlasst, insgesamt mehr finanzielle Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen: So erreichte die öffentliche Entwicklungshilfe sämtlicher DAC-Länder im 2009 die Rekordsumme von 119,6 Milliarden US-Dollar, was einer Realerhöhung von 0,7 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Parallel zur quantitativen Ausweitung des Volumens der Entwicklungszusammenarbeit rückte auch die Frage der Wirksamkeit

der Entwicklungszusammenarbeit in den Vordergrund. 2010, nach zwei Dritteln der Zeit, sind die Ergebnisse uneinheitlich. Bei der globalen Armutsreduktion, der allgemeinen Primarschulbildung, der Geschlechtergleichstellung in der Primarschule und beim Zugang zu Wasser wurden in den vergangenen zehn Jahren deutliche Fortschritte erzielt. Dennoch leben nach wie vor rund 1,4 Mia. Menschen in extremer Armut, mindestens die Hälfte davon in Subsahara-Afrika. Und bei der Verringerung der Mütter- und Kindersterblichkeit konnten kaum Verbesserungen erzielt werden.

Zwischen 2000 und 2007 hat die Welt insgesamt gute Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der MDGs gemacht. Ein starkes globales Wirtschaftswachstum, erhöhte und effektivere Entwicklungshilfe, sowie gute Politiken der Regierungen in Entwicklungs- und Schwellenländern trugen gemeinsam dazu bei. Allerdings variiert der Grad der Verbesserung nicht nur zwischen den MDGs, sondern auch von Region zu Region und von Land zu Land.

Die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 gefährdeten die erreichten Fortschritte oder haben Teile davon rückgängig gemacht. Die UNO schätzt, dass im Jahr 2009, wegen steigender Preise durch die «triple F crisis» (food, fuel, financial), die Zahl der Menschen, welche in extremer Armut leben, um mindestens 50 Millionen zunahm.

Voraussetzungen für jede Entwicklung sind menschliche Sicherheit (Reduktion der Zahl der Konflikte), eine wachsende Wirtschaft (nachhaltig produktiv), ein funktionaler Staat (effizient, nachhaltig finanziert), eine anpassungsfähige Gesellschaft (Bereitschaft zum Wandel) und eine intakte Umwelt. Dies bedingt eine nachhaltige Entwicklung d.h. ein Low-CO₂-Entwicklungsweg für alle, der das Ökosystem nicht zerstört, ebenso das Hinarbeiten auf eine globale Einhaltung der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen.

In den anstehenden fünf Jahren – und über 2015 hinaus – sollte die internationale Gemeinschaft sich intensiver auf die Beseitigung der Ursachen stagnierender oder langsamer Entwicklung konzentrieren: Bewaffnete Konflikte und/oder eine instabile fragile Lage schaffen in manchen Entwicklungsländern Leid, lähmen die Wirtschaftstätigkeit und machen Fortschritt zunichte. Mangelnde Wirtschaftsleistung, kaum Innovation und zu wenig Investitionen resultieren vielerorts in 30–50 % Arbeitslosigkeit, Unterbe-

¹ Millennium development goals (MDGs)

schäftigung, geringer Kaufkraft. Ein zu grosser, zu teuer und intransparenter Staat verbraucht in manchen Entwicklungsländern die lokalen Ersparnisse unproduktiv. In zu vielen armen Ländern werden zu wenig Eigenmittel (Steuern, Gewinne aus Rohstoffen) für die Entwicklung mobilisiert, also zu wenig Entwicklungsinvestitionen des Staates in Infrastruktur und essentielle Dienste wie Bildung und Gesundheit getätigt. Der Klimawandel zwingt manche LDCs zu teurer Adaptation. Die andauernde Emigration von Initiativen und gebildeten Menschen aus armen Ländern hat zwar gewisse Entwicklungseffekte wie Rücküberweisungen, entzieht dem Ursprungsland aber Talente, schadet damit Wirtschaft und Qualität der Staatsverwaltung.

Die strategische Orientierung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit wird in der Botschaft 2013–2016 neu betrachtet werden. Die beschleunigte Globalisierung der letzten Jahre verlangt ein Umdenken, welches über die klassische Armutsreduktion mit öffentlichen Entwicklungsgeldern hinausgehen wird. Es gibt reiche Inseln in armen Ländern und arme Inseln in reichen Ländern. Immer weniger geht es um reiche Länder und arme Länder, es geht zunehmend um die Teilnahme an global vernetzten Systemen: der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Wissens, der Normen, der Kultur. Anzustreben ist eine Integration möglichst aller Staaten und Menschen in diese globalen Systeme. Internationale Zusammenarbeit ist dazu da, die Integration der Schwächeren zu erleichtern. Neben Anpassung an den Klimawandel, Nutzbarmachung der Migration für Entwicklung könnten Themen wie Low-CO₂ Stadtentwicklung, Energie- und Ressourcen sparende Entwicklungswege, Rahmenbedingungen für Industrialisierung, Finanz- und Versicherungswesen, Bodenrecht und landwirtschaftliche Grossproduktion, im künftigen Schweizer Programm verstärkt Eingang finden. Bei der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz muss es in Zukunft auch darum gehen, die klassische Entwicklungsarbeit vorwiegend verstanden als Armutsreduktion sorgfältig mit unseren Anstrengungen zur Lösung globaler Aufgaben zu verbinden.

Die Schweiz wird ihre Bemühungen an der internationalen Zusammenarbeit in den anstehenden fünf

Jahren beibehalten oder erhöhen. Die gegenwärtige Ausrichtung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zielt auch auf einen fokussierteren Einsatz der Mittel, auf die Erreichung der MDGs, auf grössere Wirksamkeit und bessere Messung der Resultate. Der Bundesrat wird sich für eine stärkere Kohärenz der Aussenbeziehungen der Schweiz für Entwicklung einsetzen. Die Schweiz hat im Rahmen des Interdepartementalen Komitees für Entwicklung und Zusammenarbeit (IKEZ) bereits gewisse Massnahmen ergriffen, um IKEZ effektiver zu machen und damit die Kohärenz der Schweiz zu erhöhen. Die bereits enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wird beibehalten. Konsultationen mit dem globalen Privatsektor der Schweiz sind im Gange, u. a. mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit und einer besseren Nutzbarmachung des Wissens und der Erfahrung der Privatwirtschaft für die Entwicklungszusammenarbeit und das Erreichen der MDGs. Die Schweiz erklärt sich bereit, in allen multilateralen Gremien, ob WTO, UNO, Weltbank oder Regionalbanken, zusammen mit der Staatengemeinschaft bei der Gestaltung der globalen Regelwerke Hand zu bieten für Lösungen, welche die Entwicklungschancen armer Länder erhöhen.

Im laufenden Jahr hat sich die globale Wirtschaftslage wieder etwas stabilisiert. Selbst die ärmsten Länder Afrikas zeigen wieder Wirtschaftswachstum. Die UNO geht davon aus, dass die MDGs bis 2015 immer noch erreichbar sind, vorausgesetzt alle staatlichen und privaten Akteure nehmen ihre Verantwortung wahr, sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrienationen. Die Schweiz will sich dieser Verantwortung stellen. Das heisst für alle DEZA- und SECO Verantwortlichen im Feld, ihre Programme und Projekte noch besser und wirksamer auf die Erreichung der MDGs auszurichten. Und das heisst für alle verantwortlichen Akteure in Süd und Nord, gleichzeitig an den Voraussetzungen weiterzuarbeiten, welche das Erreichen der MDGs erleichtern und die Hindernisse zu beseitigen, welche die Ursache langsamer Entwicklung und des nicht vollständigen Erreichens der MDGs sind.

Die globalen Entwicklungsziele

Am UNO Millenniumsgipfel in New York im September 2000 proklamierte die internationale Gemeinschaft die *Millenniumserklärung*, die Welt von Armut, Diskriminierung und Gewalt zu befreien und sie formulierte eine gemeinsame Vision wie dies zu erreichen ist. Gemäss der verabschiedeten Erklärung soll die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen gemacht werden, das Recht auf Entwicklung verwirklichen, extreme Armut beseitigen, den Umgang mit der Natur nachhaltig gestalten, Demo-

kratie fördern, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stärken, Frieden wahren und damit die Welt sicherer machen. Dabei haben Entwicklungsländer und Industriestaaten die Lösung der Entwicklungsprobleme als eine gemeinsame Verantwortung definiert.

Zur Umsetzung der *Millenniumserklärung* wurden folgende acht ehrgeizige Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) definiert:

Acht Millenniumsentwicklungsziele	
MDG 1	Beseitigung der extremen Armut und des Hungers <ul style="list-style-type: none">• Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als einen US-Dollar pro Tag beträgt.• Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschliesslich Frauen und junger Menschen, verwirklichen.• Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden.
MDG 2	Verwirklichung der allgemeinen Grundschulausbildung <ul style="list-style-type: none">• Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschliessen können.
MDG 3	Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen <ul style="list-style-type: none">• Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005, und auf allen Bildungsebenen spätestens bis 2015.
MDG 4	Senkung der Kindersterblichkeit <ul style="list-style-type: none">• Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken.
MDG 5	Verbesserung der Gesundheit von Müttern <ul style="list-style-type: none">• Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken.• Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin verwirklichen.
MDG 6	Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderer Krankheiten <ul style="list-style-type: none">• Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand bringen und allmählich umkehren.• Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/AIDS-Behandlungen für alle Behandlungsbedürftigen sicherstellen.• Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren.
MDG 7	Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none">• Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren.• Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010.• Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben.• Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen.
MDG 8	Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft <ul style="list-style-type: none">• Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nicht diskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln.• Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen.• Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen.

- Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen.
- In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen.
- In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können.

Vereinte Nationen, 2008

Bei diesen MDGs handelt es sich um miteinander verknüpfte und sich gegenseitig verstärkende Ziele, die eine gemeinsame Agenda für Armutsminderung und nachhaltige Entwicklung umreissen. Dabei stellt das achte MDG über die Partnerschaft zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern, über ein nicht-diskriminierendes Handels- und Finanzsystem, über langfristig nachhaltige Verschuldung, über bezahlbare Medikamentenpreise, Technologietransfer, die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erreichung von MDGs 1 bis 7 dar.

Die internationale Gemeinschaft weiss, dass diese acht Ziele nur dort erreicht werden können, wo De-

mokratie und Rechtsstaatlichkeit geachtet, wo gewalttätige Konflikte vermieden oder nachhaltig gelöst werden und wo humanitäre Aktionen mit langfristigen Entwicklungsbemühungen einhergehen. Denn in einem solchen Umfeld können die Bevölkerung und der Privatsektor ihre Ressourcen in die wirtschaftliche Entwicklung investieren und die Regierung in die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen. Wo Katastrophen, Konflikte und Fragilität herrschen, ist die Verwirklichung der MDG viel unwahrscheinlicher. Solche Kontexte erfordern ein besonderes Augenmerk, damit sich die Situation nicht weiter zuspitzt und die Fortschritte in den stabileren Nachbarländern nicht gefährdet werden.

Fortschritt aus UNO Sicht

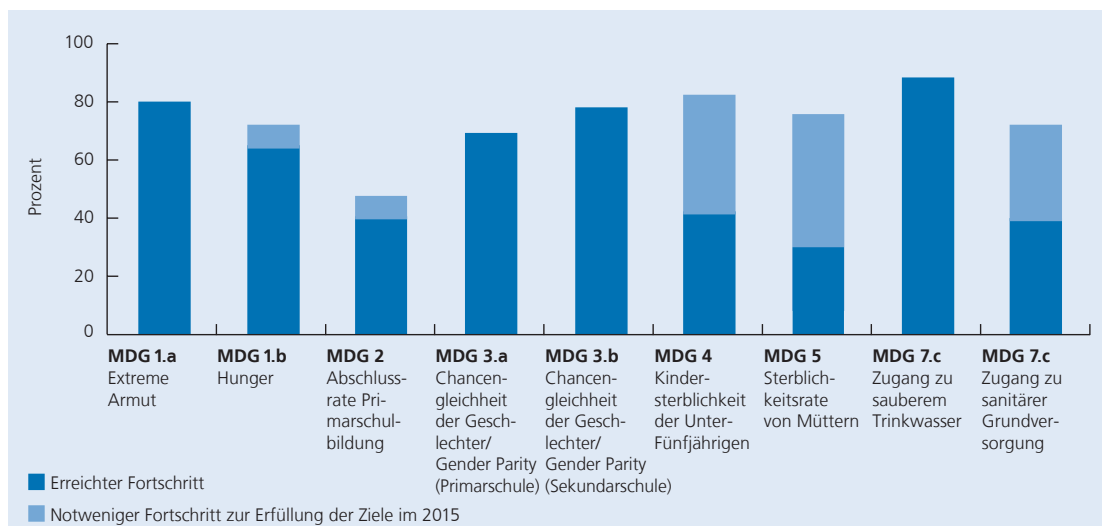
Jährliche Berichte der UNO liefern Informationen, ob und wie die MDGs erreicht werden. Gemäss dem *Bericht über die Millenniumsentwicklungsziele 2009*² haben viele Länder beträchtliche Fortschritte erzielt bei der Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, bei der Verbesserung der Einschulungsraten und der Gesundheit von Kindern, bei der Erweiterung des

Zugangs zu sauberem Wasser und zu HIV-Behandlungen sowie bei der Überwachung von Malaria und Tuberkulose.

Die schwere Weltwirtschaftskrise von 2008/09 könnte diese Errungenschaften gefährden. Auch die Auswirkungen des Klimawandels sind immer deutlicher erkennbar. Da bis zur Verwirklichung der MDGs nur noch fünf Jahre bleiben (2015), ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass diese wichtigen gegenüber den ärmsten Bevölkerungsgruppen eingegangenen Ver-

² UN (2009), The Millenium Development Goals Report 2009; New York, unter <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202009%20ENG.pdf>

Schwere globale Rückstände bedrohen die menschliche Entwicklung (MDGs)



Quelle: Berechnung basierend auf die Datenbank der Weltentwicklungsindikatoren

Anmerkung: Basierend auf den erhältlichen Daten von 2009, welche z. T. von 2005–2009 stammen können.

pflichtungen nicht eingehalten werden können. Mehrere der MDGs werden voraussichtlich in vielen Ländern nicht erreicht³.

Die folgende Tabelle gibt für jedes MDG Auskunft über die erzielten Fortschritte und Rückschläge der letzten zehn Jahre:

³ Global Monitoring Report 2010, The MDGs after the Crisis, Weltbank, 2010

Millenniumsentwicklungsziele: Fortschritte und Rückschläge	
MDG 1	Bedeutende Fortschritte wurden bei der Ausmerzung der extremen Armut und der Hungerbekämpfung erzielt. Während 1990 rund die Hälfte der Armen in den Entwicklungsländern unter extremer Armut lebte (1,8 Milliarden), lag ihr Anteil 2005 leicht über einem Viertel (1,4 Milliarden) der gesamten Bevölkerung der Entwicklungsländer. Seither wird ein Stillstand beobachtet. Um die Ziele bis 2015 zu erreichen, müssten die Fortschritte jedoch beschleunigt werden: 2009 lebten 55 bis 90 Millionen Menschen mehr unter extremer Armut, als vor der weltweiten Finanzkrise angenommen wurde. Während der Anteil der unterernährten Menschen von 1990 bis 2006 von 20 auf 16 % zurückging, nimmt der Hunger heute wieder zu – hauptsächlich wegen den steigenden Nahrungsmittelpreisen. Laut FAO litt 2009 mehr als eine Milliarde Menschen an Hunger, das heisst eine von sechs Personen.
MDG 2	Die Welt nähert sich der Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung an, aber zu langsam, um das für 2015 festgelegte Ziel zu erreichen. In der Gesamtheit der Entwicklungsländer stieg die Einschulungsquote im Grundschulbereich von 83 % im Jahr 2000 auf 88 % im Jahr 2007. Die grössten Fortschritte wurden in den rückständigsten Regionen erzielt, das heisst in Afrika südlich der Sahara und in Südasien. Nach wie vor sind aber immer noch mehr als 10 % der Kinder im schulpflichtigen Alter (72 Millionen), namentlich Kinder aus armen Gemeinschaften und Mädchen, aber auch Kinder ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten, nicht eingeschult.
MDG 3	Es sind nach wie vor viel mehr Frauen als Männer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Der Anteil der Frauen, die einer bezahlten Beschäftigung ausserhalb des Landwirtschaftssektors nachgehen, hat in den letzten Jahren nur leicht zugenommen. Die weltweite Krise schafft neue Hürden und stoppt dadurch die Fortschritte hin zur Gleichstellung der Geschlechter. Während jüngste Daten auf eine Verlangsamung der Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Männern hinweisen, könnte die Arbeitslosigkeit bei den Frauen 2009 zwischen 6,5 und 7,4 % liegen. Dies würde bedeuten, dass mit 10 bis 22 Millionen mehr arbeitslosen Frauen zu rechnen ist, wobei der Trend noch zunimmt. Was die politische Vertretung von Frauen anbelangt, wird eine langsame Zunahme verzeichnet, wobei die Länder Lateinamerikas und der Karibik unter den Entwicklungsländern am besten abschneiden.
MDG 4	Viele Länder arbeiten mit erprobten Strategien gegen Malaria und Masern, zwei Krankheiten, die nach wie vor die Hauptursache für den Tod von Kindern sind. Diese Massnahme und weitere Schritte haben dazu geführt, dass der Tod von Kindern unter fünf Jahren trotz Bevölkerungswachstum weltweit von rund 12,6 Millionen im Jahr 1990 auf 9 Millionen im Jahr 2007 zurückging. Indes reichen die zwischen 1990 und 2007 erzielten minimalen Fortschritte bei der Kinderernährung nicht aus, um das für 2015 festgelegte Ziel zu erreichen, und werden möglicherweise aufgrund der hohen Nahrungsmittelpreise und wirtschaftlichen Turbulenzen noch untergraben. Mehr als ein Viertel der Kinder in Entwicklungsregionen ist im Vergleich zu Gleichaltrigen untergewichtig, was ihre Überlebenschancen sowie ihre Aussichten auf Wachstum und eine langfristige Entwicklung bremst, namentlich in Südasien.
MDG 5	Obwohl in allen Regionen eine Zunahme bei den Verhütungsmitteln beobachtet wird, kann man eine geringe bis hohe Abweichung feststellen zwischen dem Wunsch der Frauen, die Schwangerschaft hinauszuzögern oder keine Kinder zu haben, und der tatsächlichen Einnahme von Verhütungsmitteln. Überdies wurden im Bereich der Verbesserung der Gesundheit von Frauen in der gesamten Entwicklungsregion nur geringe Fortschritte erzielt. Weniger als die Hälfte der schwangeren Frauen in Entwicklungsländern haben Zugang zu einer angemessenen pränatalen Versorgung, die eine Vorbeugung, Diagnose und Behandlung von Gesundheitsproblemen ermöglicht. Als Folge sterben jährlich rund 536 000 Frauen und Mädchen wegen Komplikationen während der Schwangerschaft und der Geburt, 99 % davon in Entwicklungsländern. In Afrika südlich der Sahara und in Südasien liegt dieser Anteil bei 85 % aller Todesfälle von Müttern. Die Risiken sind für Mutter und Kind hoch, wenn die Schwangere noch sehr jung ist.

MDG 6 Weltweit gab es einen Anstieg an HIV-Infektionen und Aids-Toten, wobei nun wieder ein rückläufiger Trend feststellbar ist. Dies ist teilweise auf den erhöhten Zugang zu antiretroviralen Medikamenten in ärmeren Ländern zurückzuführen. 2007 lebten noch 33 Millionen Menschen mit HIV, zwei Drittel davon – mehrheitlich Frauen – in der Region südlich der Sahara. 2007 hatten schätzungsweise rund 15 Millionen Kinder weltweit einen oder beide Elternteile wegen Aids verloren. Gut 12 Millionen davon leben in Afrika südlich der Sahara. Fortschritte wurden in den letzten Jahren bei der Malariabekämpfung erzielt, namentlich dank intensiverer Mittelbeschaffung und einem gezielten Fokus auf der Malariakontrolle, beispielsweise durch die Verwendung von behandelten Moskitonetzen. Und dennoch sterben jährlich immer noch rund eine Million Kinder an Malaria, vor allem Kleinkinder in Afrika südlich der Sahara.

MDG 7 Die gesamte Umwelt bleibt fragil, die Abholzung und der Artenverlust schreiten in einem besorgniserregenden Tempo voran, eine weltweite Wasserkrise scheint sich abzuzeichnen. Durch das rasche Abschmelzen der Gletscher in vielen Bergregionen auf der ganzen Welt verschlimmert sich die Lage im dicht besiedelten Unterland. Der anhaltende Ausstoss an Treibhausgasen erinnert uns an die Dringlichkeit der Klimaproblematik. Werden nicht rascher Fortschritte erzielt, kann das für 2015 festgelegte Ziel hinsichtlich Zugang zu sanitären Einrichtungen nicht umgesetzt werden. Während von 1990 bis 2006 1,1 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern Zugang zur sanitären Grundversorgung erhielten, bleiben nach wie vor 1,4 Millionen Menschen davon ausgeschlossen – mit den damit einhergehenden Folgen für die öffentliche Gesundheit und das lokale Umfeld. Die Welt ist auf gutem Weg, das Ziel bezüglich Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser zu verwirklichen, obwohl einige Länder noch vor grossen Herausforderungen stehen. 884 Millionen Menschen, hauptsächlich in ländlichen Gebieten, haben nach wie vor keinen verbesserten Zugang zu Wasser, um ihren Bedarf an Trink-, Koch- und Badewasser oder für andere häusliche Bedürfnisse zu decken.

MDG 8 Die Nettozahlungen der öffentlichen Entwicklungshilfe wuchsen 2009 um 0,7 % auf 119,6 Milliarden US-Dollar nach dem Rekordanstieg von 2008. Dies ist ein Rekordanstieg. 2005 verpflichteten sich die Geber, ihre Hilfe bis 2010 auf 130 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Angesichts der weltweiten Konjunkturabschwächung ist es kaum wahrscheinlich, dass diese Verpflichtungen eingehalten werden können. Die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer haben sich seit 2003 fast verdoppelt; dank diesen Mehreinnahmen stehen den Ländern mehr Mittel für den Schuldendienst zur Verfügung.

Im Februar 2010 veröffentlichte der Generalsekretär der UNO Ban Ki-moon den Bericht «Keeping the Promise...»⁴, in welchem er die Weltgemeinschaft auffordert, alles zu unternehmen, damit die MDGs bis 2015 erreicht werden können.

⁴ «Keeping the promise: a forward-looking review to promote and agreed action agenda to achieve the Millennium Development Goals by 2015», Bericht des UNO-Generalsekretärs, 12. Februar 2010, A/64/665

Bedeutung der MDGs für die Schweiz

Artikel 54 Absatz 2 der Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft lautet: «Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen». Dies deckt sich recht genau mit den Zielsetzungen der Millenniums-Entwicklungsziele.

Die Schweiz – wirtschaftlich global stark vernetzt – will ihren Beitrag für eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Erde leisten. Die Reduktion der Armut steht im Zentrum unserer globa-

len Aufgaben, aber auch andere Probleme wie die Anpassung armer Länder an den Klimawandel gehören dazu. Unsere Entwicklungspolitik verbindet ethische Motive mit dem langfristigen wohlverstandenen Eigeninteresse des Landes an einer Zukunft in Freiheit und Sicherheit. Der Schweiz geht es gut, wenn es der Welt gut geht. Unsere humanitäre Hilfe rettet oder unterstützt Menschen in Notsituationen; sie folgt den Grundwerten der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Die MDGs sind ein Gradmesser des Erfolges unserer Anstrengungen.

Seit der Proklamation der Millenniumserklärung im Jahr 2000 ist die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz von 0,34 % des BNE in 2000 auf 0,47 % des

BNE oder 2499 Mio. CHF in 2009 gestiegen (inklusive Migrationskosten und Entschuldungen). Die Programme der Entwicklungszusammenarbeit sind seither auf weniger Länder fokussiert und stärker auf die MDGs ausgerichtet worden. Projekte und Programme werden heute resultat-orientierter umgesetzt.

Die Ausrichtung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf die MDGs drückt sich in den beiden 2008 vom Parlament verabschiedeten Botschaften über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (DEZA) sowie über die Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (SECO) aus. Die Schweizerische bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit basiert auf drei strategischen Schwerpunkten⁵: Während dem die Reduktion von Armut und das Erreichen der MDGs einen eigenen Schwerpunkt bilden, tragen auch die anderen beiden Schwerpunkte, in ihrer Gesamtheit zur Erreichung der MDGs bei:

Strategische Schwerpunkte der Schweiz (Botschaft⁶)

1. Die Millenniumsentwicklungsziele erreichen – Armut mindern
2. Menschliche Sicherheit fördern und Sicherheitsrisiken reduzieren
3. Globalisierung entwicklungsfördernd gestalten

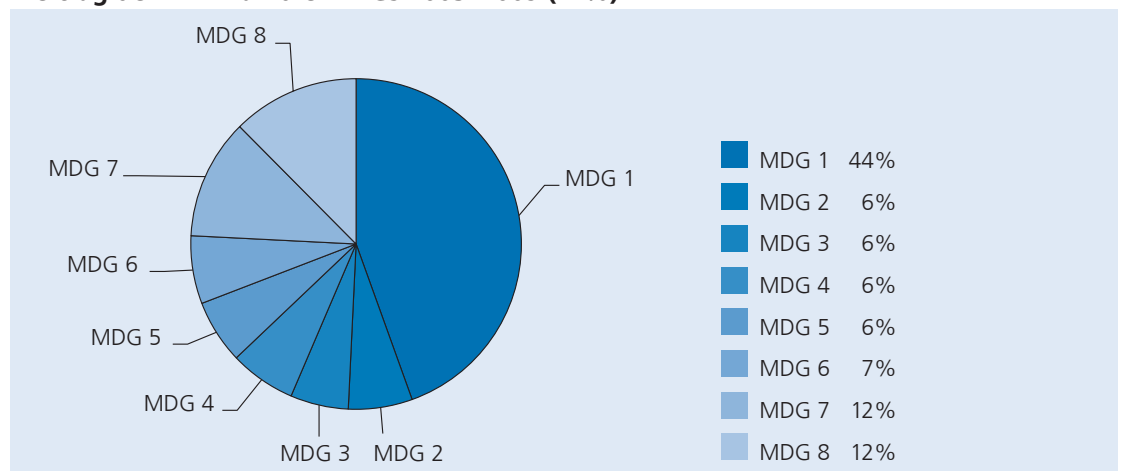
Verschiedene Stellen der Bundesverwaltung, voran das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mit der für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) und die

Politische Abteilung IV des EDA (Menschliche Sicherheit) aber auch andere Bundesämter mit internationalen Aktivitäten, leisten je ihren Beitrag an die Erreichung der MDGs, sowohl bilateral als auch multilateral.

Die DEZA setzte von ihren MDG relevanten Ausgaben rund die Hälfte für MDG 1, etwa ein Viertel den Erreichung von MDG 7 und MDG 8, welche gleichzeitig auch die beiden Schwerpunktziele des SECO sind. Das letzte Viertel flies in den übrigen fünf MDGs. Das SECO hat sich insbesondere im Umwelt-, Handels- und Finanzbereich sowie bei den Entschuldungen engagiert.

Der Einfluss der Schweiz auf die Erreichung der MDGs geht über die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) hinaus. Laut Schätzungen der Weltbank überwiesen im Jahr 2008 Immigranten in der Schweiz rund 19 Milliarden an ihre Heimatländer, vorwiegend nach Osteuropa und in den Balkan. Die Schweiz hat einen bedeutenden globalisierten Privatsektor mit hohen Direktinvestitionen im Ausland. Fast alle bedeutenden internationalen Konzerne mit Sitz in der Schweiz sind aktive Teilnehmer im UN Global Compact⁷, wo sie sich – auch in regelschwachen Entwicklungsländern – freiwillig zur Einhaltung globaler Normen bekennen, Menschenrechte, Sozialrechte, Umweltstandards, Antikorruption. Von den insgesamt CHF 808,6 Mia Auslandsdirektinvestitionen befinden sich laut Nationalbank⁸ 15,2% in Schwellen- und Entwicklungsländern, davon geschätzte 2 Mia. CHF in den 49 am wenigsten entwickelten Ländern. In den Zielländern dieser Vermögensflüsse werden durch solche Investitionen Arbeitsplätze, Einkommen, Steuersubstrat generiert und damit – mindestens bei guter Regierungsführung – ein Beitrag zur Erreichung der MDGs geleistet.

Beitrag der DEZA an die MDGs 2005–2009 (in %)



Quelle: DEZA, Statistik Datenbank

⁵ Die MDGs bilden ebenfalls den strategischen Referenzrahmen für die Ostzusammenarbeit.

⁶ Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten der Entwicklungsländer, 14. März 2008, S. 2975

⁷ www.unglobalcompact.org

⁸ Schweiz. Nationalbank, Schweiz. Stat. Monatsheft, S1₂ Direktinvestitionen im Ausland – Ländergruppen

Kohärenz für Entwicklung

MDG 8 macht die Industrieländer verantwortlich für entwicklungspolitische Kohärenz. Entwicklungszusammenarbeit ist nur einer der Ausseneinflüsse auf ein Entwicklungsland – und in den meisten Fällen nicht der Wichtigste. Alle Aussenbeziehungen eines Landes wie der Schweiz haben Einfluss auf die Qualität der globalen nachhaltigen Entwicklung (sozial, ökonomisch, ökologisch). Möglichst kohärente Beziehungen zwischen der Schweiz und Entwicklungsländern erleichtern die Erreichung der MDGs. Zur Steigerung der Wirksamkeit und damit des Wertes jedes verpflichteten Entwicklungs-Frankens strebt die Schweiz deshalb ein möglichst kohärentes aussenpolitisches Handeln an. Es muss vermieden werden, dass mit Schweizer Entwicklungszusammenarbeit einerseits Armut reduziert, gleichzeitig mit nachteiligen Politiken in anderen Bereichen Armut produziert wird. Entwicklungsbezogene Fragen sollten bei Entscheiden in allen Bereichen mitberücksichtigt werden: Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei, Wirtschaft und Finanzen, Handel, Geistiges Eigentum, Migration, Sicherheit, Energie, Wissenschaft und Technologie. Hierzu baut die Schweiz unter anderem auf etablierte Gremien und Mechanismen wie das Interdepartementale *Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit* (IKEZ) oder den *Interdepartementalen Ausschuss Nachhaltige Entwicklung* (IDANE).

Beim Anstreben von Kohärenz für Entwicklung gibt es nicht nur Win-Win-Lösungen. So bestehen Widersprüche zwischen den Interessen der Finanzplätze des Nordens und den Interessen gewisser Entwicklungsländer. Patentschutz für pharmazeutische und andere Produkte ist kurzfristig nicht im Interesse aufstrebender Industrien in Entwicklungsländern. Die Landwirte Europas haben selten identische Interessen wie Landwirte im Süden. Die perfekte Kohärenz für Entwicklung gibt es auch in der Schweiz nicht; sie anzustreben ist unsere tägliche Aufgabe. Das politische System der Schweiz verfügt über Instrumente und Mechanismen, um die Politikkohärenz zu verbessern. Zur Koordination von Politiken existieren in der Bundesverwaltung die Ämterkonsultationen und das Mitberichtsverfahren. Diese unterstützen die Entscheidvorbereitung, indem sie existierende Differenzen sichtbar machen und zu bereinigen versuchen. Sie erlauben dem Bundesrat, Entscheide unter Berücksichtigung beziehungsweise in Kenntnis sämtlicher relevanter Aspekte zu treffen. Zudem arbeiten in verschiedenen Bereichen interdepartementale Arbeitsgruppen mit Vertretern der betroffenen Bundesstellen. Eine unabhängige Instanz, welche bei Interessenkonflikten Entscheide fällt, besteht dagegen nicht. Zuständig für die politische Güterabwägung ist der Bundesrat. Wie die «Strategie Nachhaltige Entwicklung: Leitlinien und Aktionsplan 2008–2010» zeigt, ist dem Bundesrat die Verbesserung der Kohärenz für eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung speziell in den kommenden Jahren ein wichtiges Anliegen.

Beispiel: Klima und Entwicklung

Eine nachhaltige Klimapolitik lässt sich nur unter Berücksichtigung entwicklungspolitischer Anliegen festlegen. Entwicklungsländer sind von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen und brauchen die Unterstützung im Umstieg auf einen emissionsarmen Entwicklungspfad. Im Rahmen der Teilnahme der Schweiz an der Klimakonferenz in Kopenhagen haben entwicklungspolitische Anliegen das Verhandlungsmandat stark geprägt. Als wichtiger Grundsatz galt, dass der Beitrag zur Finanzierung des neuen internationalen Klimaregimes nach 2012 zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungshilfe und auf der Grundlage des Verursacherprinzips erfolgen soll. Damit berücksichtigt die Schweiz einen international anerkannten Grundsatz der entwicklungs- und klimapolitischen Agenda.

Beispiel: Handel und Entwicklung

Gemäss dem letzten Peer Review Bericht der OECD über die Schweizerische Entwicklungszusammenarbeit hat die Schweiz im Bereich Handel in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. So wurde in den Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien neben anderen Nachhaltigkeitskriterien auch ein Artikel zu Anerkennung und Schutz von Biodiversität und traditionellem Wissen integriert. Via die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz wurde zudem ein ergänzendes Programm aufgebaut, welches zur Stärkung der institutionellen und unternehmerischen Fähigkeiten beim nachhaltigen Handel mit Biodiversitätsprodukten und Dienstleistungen beiträgt.

Beispiel: Energie und Entwicklung

Umwelt- und entwicklungspolitische Anliegen haben im Rahmen der Revision der Mineralölsteuergesetzgebung zu einer restriktiven Politik gegenüber biogenen Treibstoffen geführt: Die Schweiz hat weltweit als erstes Land bei der Förderung von biogenen Treibstoffen ökologische und soziale Kriterien eingeführt. Auch wenn die administrativen Hürden für die den Nachweis dieser Kriterien zur Erlangung der Steuerbefreiung gesenkt werden sollen, will der Bundesrat an den ökologischen und sozialen Kriterien festhalten. Er bestätigt damit den entwicklungspolitischen Grundsatz, wonach Pflanzen zuerst als Nahrungsmittel, sodann als Futtermittel und erst zuletzt als Treibstoff verwendet werden sollen.

Beispiel: Wasser und Entwicklung

Die Schweiz verfügt als Europas Wasserreservoir über nützliche Erfahrungen im nachhaltigen Wasser-Management. In der Interdepartementalen Arbeitsgruppe zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung legen die betroffenen Bundesämter die Schweizer Position in internationalen Konferenzen und Abkommen fest. Die DEZA Leitung der Arbeitsgruppe kann entwicklungspolitische Aspekte gebührend berücksichtigen sowie den nationalen und internationalen Auftritt

der Schweiz kohärent gestalten. Hierin spielen insbesondere diejenigen Entwicklungs- und Transitionsländer eine Rolle, die einen hohen Gebirgsanteil haben wie etwa im Himalaya-Hindukush, in den Anden und in Zentralasien.

Beispiel: Nachhaltige Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Entwicklung

Die Schweiz wirkt an den Arbeiten zur Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse mit. Sie unterstützt die G-8-Initiative für eine Globale Bioenergie-Partnerschaft («Global Bioenergy Partnership», (GBEP), die den Informationsaustausch über die nachhaltige Nutzung von Bioenergie auf internationaler Ebene koordinieren soll. Ihr Sekretariat ist bei der FAO angesiedelt. Ausserdem unterstützt die Schweiz die vom Energy Center der ETH Lausanne lancierte internationale Initiative «Rundtisch über nachhaltige Biotreibstoffe». Alle interessierten Parteien sollen im Rahmen dieser Initiative die Gelegenheit haben, gemeinsame Kriterien für die nachhaltige Produktion und Nutzung von Biotreibstoffen festzulegen.

Beispiel: Migration und Entwicklung

In den letzten Jahren hat die Globalisierung weltweit massgeblich zu einer Steigerung des Güter und Dienstleistungsverkehrs beigetragen. Die Personenfreizügigkeit wuchs nicht im selben Ausmass, da sie auf klar abgegrenzte geographische Räume beschränkt war (z. B. EU, CEDEAO). Der Zustrom von Staatsangehörigen aus Entwicklungsländern in die reichen Länder, insbesondere in die Euro-Zone, wurde stark eingeschränkt. Die Frage, wie auf internationaler Ebene mit diesen Personenströmen im Interesse aller beteiligter Parteien (Herkunfts-, Transit und Empfängerländer) und im Interesse der Entwicklung umzugehen ist, bleibt eine grosse Herausforderung. Die DEZA beteiligt sich an dieser Debatte. Im Rahmen

der schweizerischen interdepartementalen Diskussion bringt sie die Entwicklungsperspektive und das Konzept einer Aufteilung von Verantwortung und Nutzen ein. Sie finanziert Projekte, die sich auf strukturelle Hilfe konzentrieren, einerseits um die lokale Bevölkerung zu unterstützen und andererseits um die Kapazitäten der Behörden der Herkunftsländer im Bereich der Migrationsproblematik zu stärken. Auf internationaler Ebene unterstützt sie die Diskussion über die institutionelle Kohärenz von Migrationspolitiken und über die Auswirkung letzterer auf die Entwicklungsbestrebungen.

Beispiel: Menschenrechte und Entwicklung

Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte sind sehr eng miteinander verknüpft, wenn die Armut als eine Unmöglichkeit betrachtet wird, die eigenen Grundbedürfnisse zu decken, jene Bedürfnisse, die in den internationalen Übereinkommen definiert sind und von der Mehrheit der Staaten im Rahmen ihrer Verpflichtungen gedeckt werden. Die Armut stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar. Die Geberstaaten, zu denen sich auch die Schweiz zählt, sind sich einig, dass die Menschenrechte und deren Verteidigung einen wesentlichen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit darstellen. Sie können als Instrument zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden, beispielsweise im Kampf gegen die soziale, politische und wirtschaftliche Ausgrenzung, aber auch zugunsten der sozialen Gerechtigkeit. Die Schweiz hat sich auch für einen Menschenrechtsansatz entschieden. Die Armutsbekämpfung orientiert sich also gezwungenermassen an den folgenden zwei Ansätzen: Einerseits geht es um die Anerkennung der Rechte der Ärmsten und die Stärkung ihrer Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger und andererseits um die Unterstützung der staatlichen Behörden, damit die Menschenrechte besser respektiert und geschützt werden.

Beitrag der Schweiz zur Erreichung der MDG

MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Wir leben in einer Zeit, wo 6,8 Milliarden Menschen das gleiche Recht auf hochwertige Nahrung, menschenwürdiges Wohnen und zweckmässigen Transport haben wollen. Die Minderung von Armut ist Kernaufgabe und übergreifende Zielsetzung der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Armut hat viele Gesichter. Die wichtigsten Armuts-Symptome sind kein Geld für genügend Nahrung und Medikamente, extreme Unterbeschäftigung der Jungen, hohe Kindersterblichkeit, kein Zugang zu Mitbestimmung, Macht und Einfluss, Angst vor der Zukunft, die Unmöglichkeit zwischen menschenwürdigen Lebens-Optionen auswählen zu können. MDG 1 umfasst die materielle Dimension der Armut. Geht man von der Armutsgrenze der Weltbank aus, die 2008 von einem Dollar pro Tag auf 1,25 Dollar korrigiert wurde (aufgrund der Preise von 2005), lebten 2005 immer noch 1,4 Milliarden Menschen unter extremer Armut (1990 waren es 1,8 Milliarden). Laut FAO liegt die Zahl der Hungerleidenden heute bei über einer Milliarde Menschen – eine von sechs Personen – und erreicht somit einen historischen Höchststand. Davon leben eine Mehrheit im ländlichen, oft gebirgigem, Raum und betreiben Landwirtschaft als Haupterwerbstätigkeit und zur Selbstversorgung. Nebst diesen Kleinbauernfamilien und Hirten sind auch Landlose in ländlichen Gebieten dem Risiko von Armut und Hunger ausgeliefert, aber auch städtische Arme sowie allein erziehende Mütter und Kinder.

Während der Berichtsphase verschlimmerte die Wirtschaftskrise und Finanzkrise die Auswirkungen der vorangehenden Öl und Nahrungsmittelkrise, die in den Entwicklungsländern die bereits unter Ernährungsunsicherheit leidende Bevölkerung besonders hart getroffen hatte. Als Folge wurden weltweit die bereits verwundbaren Bevölkerungsgruppen in die extreme Armut und in den Hunger getrieben. Angesichts dieser Entwicklung richtete die internationale Gemeinschaft wieder verstärkt ihre Aufmerksamkeit auf die Verbesserung der Ernährungssicherheit auf allen Ebenen. Die Schweiz unterstützte konsequent Initiativen zur Erhöhung der Verpflichtungen in diesem Bereich und zur Stärkung der internationalen Koordination und Gouvernanz, unter anderem durch die Errichtung einer Globalen Partnerschaft für Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Ernährung (*Global Partnership for Agriculture, Food Security and Nutrition*).

Während der vergangenen zehn Jahre ist ein grösserer Teil des Schweizer Beitrags zur Entwicklung in südlichen Ländern auf Armutsreduktion ausgerichtet worden. Dabei wurde je nach Kategorie von Land (instabil wie Niger, stabil wie Tansania, rohstoffreich wie die Demokratische Republik Kongo (DRK), rohstoffarm wie Burkina Faso etc.) der bestmögliche Mix von Instrumenten für die Umsetzung angewendet. Die DEZA konzentriert sich bilateral auf 12 (LDC-) Schwerpunktländer und 6 Sonderprogramme in fragilen Regionen, während sich das SECO auf 7 wirtschaftlich fortgeschrittenere Entwicklungsländer konzentriert, welche nach wie vor mit grossen Armutsproblemen konfrontiert sind. Dazu kommt die Schweizer Humanitäre Hilfe, welche vor allem in Krisengebieten tätig ist. Zur Sicherstellung von Nahrungsmitteln für die am meisten gefährdeten Schichten der Bevölkerung bildet das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) die wichtigste Partnerorganisation der Schweiz. Zahlreiche nicht-staatliche, schweizerische und lokale Organisationen sind ebenfalls eingebunden. Als «Miteigentümerin» multilateraler Organisationen machte die Schweiz ihren Einfluss bei der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken, sowie auch bei UNDP geltend, damit diese Organisationen ihren Fokus auf Armutsreduktion beibehalten oder ausbauen.

Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und MDG 1

Bereits seit einigen Jahren fliesst ein beträchtlicher Teil der Schweizer APD in die Landwirtschaft. Laut Weltbank-Evaluationen sind Beiträge an wachstumsfördernde Massnahmen in der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung mindestens doppelt so wirksam bei der Armutsreduzierung wie Beiträge an das Wachstum in anderen Sektoren.

Durch ihre bilaterale Hilfe in den ärmsten Ländern stärkt die Schweiz – oftmals in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen – die Vermittlung von Wissen um den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, den verbesserten Zugang zu Krediten und dürreresistentem Saatgut, und den Aufbau lokaler Lebensmittelmärkte. So haben Mais- und Bohnenprogramme in Ostafrika für mehr als 500 000 Bauernfamilien mehr Nahrung und Einkommen gebracht. So entstanden in Bolivien die weltweit grössten nationalen Genbanken für Kartoffeln und Quinoa mit je über

2500 Sorten. Und so konnte in der Demokratischen Volksrepublik Korea dank integrierter Schädlingsbekämpfung der jährliche Ertrag des Kohlanbaus um nahezu 40 Prozent gesteigert werden, was dem Verbrauch von 1,7 Millionen Personen entspricht. Falls möglich, bezieht die Schweiz bei der Ausführung von Projekten, die einheimische Bevölkerungen ein, wie z. B. in Bolivien oder Vietnam. Zu den wichtigen multilateralen Partnern zählen hier der *Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung* (IFAD), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sowie die *Konsultativgruppen für internationale Landwirtschaftsforschung* (CGIAR) mit ihren angeschlossenen Forschungszentren: *International Rice Research Institute* (IRRI) mit Sitz in den Philippinen, *International Potato Centre* (CIP) in Peru und *International Livestock Research Institute* (ILRI) in Kenia.

Gartenanlagen für Ernährungssicherheit im Niger

Über die NGO «Action pour un Développement Durable», die sich für die Ernährungssicherheit der ärmsten Bevölkerungsgruppen einsetzt, unterstützt SWISSAID im Süden von Niger 59 Frauengruppen mit Saatgut und Weiterbildungskursen. Die Frauen können dank einem einfachen Bewässerungssystem vor der Aussaat von Hirse und nach der Ernte Tomaten, Kürbisse und Zwiebeln anbauen. So können sich ca. 1500 Personen in schwierigen Zeiten ausgewogen ernähren. Die Produkte lassen sich auch auf dem lokalen Markt verkaufen. Dank dem zusätzlichen Einkommen können die Frauen für das Schulgeld der Kinder aufkommen. Die positiven Erfahrungen stärken zudem ihr Selbstvertrauen.

Im Bereich der Ernährungssicherheit arbeitet die Bundesverwaltung eng mit Schweizer und internationalen Agrarforschungsinstitutionen sowie der Privatwirtschaft zusammen. Dabei geht es zum Beispiel um die Entwicklung von globalen Standards und Methoden für die Erhaltung von Bodenfruchtbarkeit, wasserschonende Anbaumethoden oder Kriterien für den nachhaltigen Anbau von Agrartreibstoffen. Zudem wird ein Dialog mit Schweizer Investoren geführt, mit dem Ziel nachhaltige Agro-Investitionen in Entwicklungsländern zu fördern. Das Globalprogramm Ernährungssicherheit arbeitet auch mit internationalen Organisationen wie der FAO oder der Weltbank an Normen wie zum Beispiel der Sicherung des Zugangs zu Land.

Kartoffelboom in der Mongolei

Die Schweiz gründete Partnerschaften zur Unterstützung des einheimischen Kartoffelsektors in Ländern, in denen die Kartoffel zu den Grundnahrungsmitteln zählt. Dazu gehören Nepal, die Mongolei, die Demokratische Volksrepublik Korea und Bhutan. In der Mongolei wurde 2004 eine Partnerschaft ins Leben gerufen, um den Kartoffelsektor

neu zu beleben, nachdem er in der Übergangsphase von der Plan zur Marktwirtschaft völlig zusammengebrochen war. In Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten lokalen Akteuren, die einen Zugang zu internationalem Wissen und Ländern mit ähnlichen Ökosystemen erhielten, wurden gesundes Saatgut hergestellt und neue Sorten evaluiert. 2007 produzierte die Mongolei 500 Tonnen Saatgut dreier neuer Sorten. Die Erträge dieser Kartoffeln lagen 90 % über denjenigen der konventionellen Samen. Bis 2010 wird mit einer Produktion von 25 000 Tonnen gerechnet. Das reicht aus, um die Bedürfnisse von 500 000 Verbrauchern zu decken und letztlich einen Beitrag an die Verbesserung der Ernährungssicherheit und die Einkommensbildung zu leisten.

Wirtschaftsförderung und MDG 1

Eine auf Wachstum und Arbeitsteilung ausgerichtete Wirtschaft ist Grundlage jeder dauerhaften Reduktion von Armut. Wachstum, welches auch die Armen einschliesst, eröffnet der Bevölkerung Möglichkeiten der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entfaltung und hilft mit, Ungleichgewichte zwischen Ländern abzubauen. Längerfristig kann durch Wirtschaftswachstum so auch die Abhängigkeit der Partnerländer von ausländischer Hilfe reduziert werden.

Mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit verfolgt die Schweiz das Ziel, die Partnerländer bei der graduellen Integration in die Weltwirtschaft zu unterstützen, sowie ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern. Damit soll zur dauerhaften Verminderung der Armut beigetragen werden, wobei die Prioritäten auf der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Diversifizierung des Handels sowie der Mobilisierung von in- und ausländischen Investitionen liegen.

Arbeitsplätze durch Risikokapital für kleine und mittlere Unternehmen

25 %, wobei 72 % dieser neuen Arbeitsstellen mit Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit fördert in den zahlreichen Ländern, in denen sie tätig ist, auch die Entwicklung des Privatsektors. Sie unterstützt beispielsweise den *Small Enterprise Assistance Fund* (SEAF), einen Fonds, der kleinen und mittleren Unternehmen Risikokapital zur Verfügung stellt. Dieser Fonds erstellte 2007 eine Studie über die Auswirkungen der Mittelvergabe auf die Entwicklung von Investitionen, die in 50 Unternehmen in Osteuropa, Zentralasien und Lateinamerika getätigt worden waren. Die Studie kam zu einer Reihe interessanter Ergebnisse, namentlich hinsichtlich der Firmen hinausgeht, in die die Schweiz investiert. Jeder Dollar, der investiert wird, erzeugt in der lokalen Wirtschaft im Schnitt weitere 12 Dollar. Die jährliche Schaffung von Arbeitsplätzen in den Unternehmen, in die investiert wurde, beträgt

gering qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden. Die jährliche Reallohnsteigerung im Zeitraum der Investition beläuft sich auf 26 %.

Laut dem Weltbank *Global Monitoring Report 2009* wird MDG 1 bis 2015 höchstens zu 80 % erreicht werden können. In den vergangenen Jahren wurde die extreme Armut zwar von 1,8 Mrd. (1990) auf 1,4 Mrd. (2005) reduziert, dies allerdings vorwiegend in Schwellenländern wie China und Indien. In zahlreichen Ländern Afrikas und Zentralasiens dagegen wurde die erzielte Armutsreduktion durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und durch das eigene Bevölkerungswachstum egalisiert oder übertroffen.

So leben auch heute noch 1,4 Milliarden Menschen in extremer Armut, 51 % davon in Subsahara-Afrika. Damit die Schweiz ihren Beitrag zur Erreichung des MDG 1 bis 2015 leisten kann, wird sie sich in den kommenden Jahren weiterhin für eine nachhaltige Landwirtschaft sowie für eine Verstärkung der globalen Gouvernanz im Bereich der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit einsetzen, ins besondere durch die Reform des Komitees für Welternährung (*Committee on World Food Security*) der FAO sowie durch die Suche nach innovativen Finanzierungsformen, die unter anderem die Privatwirtschaft involvieren. Dadurch soll das Einkommen der Ärmsten und die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion gesichert werden.

MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulausbildung

Wir leben in einer Zeit, wo 6,8 Milliarden Menschen Anspruch auf eine adäquate Bildung erheben. Die Einschulung aller Knaben und Mädchen ist auch in Entwicklungsländern in erster Linie eine Aufgabe des Staates. Geber unterstützen die jeweiligen Ministerien darin. Seit 2005 hat die Schweiz ihren Beitrag an die Primar und ganz allgemein an die Grundschulausbildung, an die formale und nicht-formale Bildung sowie an die Berufsbildung kontinuierlich erhöht. In der vom Parlament verabschiedeten Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (2008–2012) wird die Grundschulbildung zu einer der zehn thematischen Prioritäten erklärt.

Bildung für alle in Bhutan und Niger

Bhutan ist auf dem Weg, das MDG 2 zu erreichen. Die Schweiz gehört in diesem Land seit 1987 zu den wichtigsten bilateralen Gebern im Bildungsbereich. 2007 erreichte die Netto-Einschulungsrate beinahe 90 %. 92,4 % der Schüler, die die erste Klasse besuchten, schlossen die Primarschulbildung ab; die Geschlechtergleichheit ist beinahe erreicht (49,7 % 2008). Ebenso wurde die Qualität der Bildung verbessert (weniger Schüler pro Lehrkraft, besser ausgebildete Lehrkräfte, günstigeres Lernklima, bessere Lehrpläne, neues Beurteilungssystem usw.). In Niger hat die Schweiz dazu beigetragen, dass die Anzahl eingeschulter Mädchen innerhalb von drei Jahren von weniger als 20 % auf über 65 % gestiegen ist. Von 700 Jugendlichen, die eine alternative Schulbildung erhielten, sind 40 % Mädchen. Damit können sie am sozioökonomischen Leben der Gemeinschaft teilnehmen. Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen der Mädchen und Jungen wurden dadurch gestärkt, was sich auch in der Abnahme von frühen Eheschliessungen und Jugendkriminalität ausdrückt.

Schweizer Beiträge zu Bildungsreformen in armen Ländern

Dank Schuldenerleichterungen und der allgemeinen Budgethilfe der Schweiz (Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Finanzierung eines Teils der öffentlichen Ausgaben des Empfängerlandes unter bestimmten Bedingungen) konnten die nationalen Ausgaben im Bildungssektor erhöht werden. Zusätzlich werden mit dem Ausbau bilateraler Programme, namentlich in Bangladesh, Benin, Burkina Faso, Bhutan, Mali, Niger, Tschad und Serbien, Bildungsreformen unterstützt. Dabei geht es häufig um die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, da sie massgeblich die Qualität der Bildung beeinflussen. In Serbien unterstützt die Schweiz die Ausarbeitung und Umsetzung eines neuen innerschulischen Fortbildungssystems für Lehrkräfte, das jährlich 10 000 Lehrkräfte aufnehmen kann. Damit diese Bildungsreformen nachhaltig sind, wird eine Unterstützung während mindestens zehn Jahren zugesichert. Erst danach geht die Gesamtverantwortung an die lokalen Partner über.

Sektorielle Unterstützung im Bildungsbereich in Burkina Faso

In Burkina Faso fokussiert die Schweiz ihre Unterstützung auf folgende Bereiche:

- Verbesserung der Relevanz und Qualität der Bildungssysteme, namentlich der nicht-formalen Bildung;
- Konsolidierung der Finanzierungsmechanismen und Suche nach Synergien zwischen der Grundschule und der Berufsbildung;
- Konsolidierung der verschiedenen Akteure mit dem Ziel, das nicht-formale Bildungssystem zu festigen und den Schwerpunkt auf die Jugendlichen zwischen 9 und 14 Jahren zu legen.

Seit der Gründung des Nationalen Alphabetisierungsfonds (FONAENF) 2002 kamen mehr als 50 Millionen Franken zusammen. Auf der Ergebnisseite kann der Fonds 12 % der nationalen

Alphabetisierungsbestrebungen für sich beanspruchen. Seit 2002 wurden rund 500 000 Personen alphabetisiert, der Frauenanteil lag bei 57 %. Die Anbieter konnten bei den Anfragen eine Zunahme von 232 % verbuchen. Die Zahl der Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen stieg von 42 000 auf 312 000. Dank dem FONAEF konnten 45 000 Arbeitsplätze geschaffen werden, mehrheitlich in ländlichen Gebieten (37 000 Animatoren und Ausbilder, mehr als 6000 Supervisoren und rund 1700 Koordinatoren). Trotz dieser Erfolgszahlen haben in Burkina Faso nach wie vor 35 % der Kinder keinen Zugang zum Bildungswesen.

Schweizer Beitrag an inklusive Bildung

«Inklusiv» bedeutet, dass alle Kinder, Jungen und Mädchen, eine Schule besuchen können. Die Schweiz legt grossen Wert auf Chancengleichheit und inklusive Bildung, sie befasst sich darüber hinaus aber auch mit besonderen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, die die Schule frühzeitig abgebrochen haben, und von Erwachsenen, die kein Recht auf Schulbildung hatten. In Ländern wie Burkina Faso, in denen die ärmsten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen die Mehrheit bilden, unterstützt die Schweiz besondere Massnahmen und Anreize (z. B. für Nomadenvölker, arbeitende Kinder sowie ethnische und sprachliche Minderheiten) sowie die Umgestaltung von Bildungssystemen unter Berücksichtigung eines inklusiven Ansatzes und der Chancengleichheit. Um die Einschulungsraten zu erhöhen, fördert die Schweiz Partnerschaften zwischen NGO und Regierungen sowie die Dezentralisierung der Bildungssysteme und der Verwaltung. In Bangladesh trug die Schweiz dazu bei, dass über 2,5 Millionen Kinder, Jugendliche und Erwachsene eine Grundschulbildung abschliessen und Berufskennntnisse erwerben konnten, die ihnen einen Zugang zum Markt oder den Aufbau einer eigenen lukrativen Tätigkeit ermöglichten. Die Schweiz unterstützt auch regionale Initiativen wie den Roma-Bildungsfonds in Osteuropa, der allein 2008 zu einer Verbesserung der schulischen Leistungen von 30 000 Schülern und Studierenden der *Roma-Gemeinschaft* beitrug (dank besseren Kompetenzen in der Unterrichtssprache, sozialen Kompetenzen usw.). Ausserdem unterstützte er 800 Roma-Studierende bei ihrem Universitätsabschluss.

Berufsbildung

Zahlreiche von der Schweiz unterstützten Privatsektorförderungs- und Berufsbildungsprogramme legen ein besonderes Augenmerk auf produktive Arbeit für junge Menschen. Dabei ging und geht es jeweils kontextspezifisch darum, den Jugendlichen die Kompetenzen zu vermitteln, die es ihnen ermöglichen, eine aktive und anerkannte Rolle in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht in der Gesellschaft zu übernehmen. Dabei spielen neben der Ausbildung auch Arbeitsvermittlungsprogramme für Jugendliche eine

wichtige Rolle, wie sie von der Schweiz verstärkt in Südosteuropa umgesetzt werden, so das Jugendbeschäftigungsprojekt (*Youth Employment Project; YEP*) in Bosnien und Herzegowina wo die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren um die 45 Prozent beträgt. Das Projekt wurde Ende 2008 gestartet und richtet sich insbesondere an Jugendliche aus ländlichen Gegenden und an ethnische Minderheiten.

Senkung der Arbeitslosigkeit bei benachteiligten Jugendlichen in Südafrika

In einer innovative Partnerschaft hat die Schweiz und 10 schweizerische Firmen die SSACI (Swiss South Africa Cooperation Initiative) aufgebaut mit dem Ziel, die Beschäftigungschancen von benachteiligten Jugendlichen in Südafrika zu verbessern. Seit 2001 haben im Rahmen dieses Projektes über 5000 Jugendliche, davon knapp die Hälfte Mädchen, Berufsausbildungen absolviert. Dabei wurden spezifisch Sektoren ausgewählt, welche Potential für ein dauerhaftes Auskommen bieten wie Buchhaltung, Tourismus, Gesundheitswesen, Handwerk und Landwirtschaft. Dank dem haben heute mehr als 80 % der Teilnehmenden ein Einkommen durch selbständige oder durch Lohnarbeit. Insgesamt haben Jugendliche durch die Unterstützung von SSACI über 400 Kleinunternehmen gegründet und dabei über 1100 zusätzliche Stellen geschaffen. Die südafrikanische Regierung zeigt Interesse, das Konzept von SSACI landesweit zu übernehmen.

Im Rahmen der multilateralen Beiträge zur Erreichung des MDG 2 verdoppelt die Schweiz für den Zeitraum 2005–10 ihren freiwilligen Beitrag an den Bildungssektor der UNESCO (im Vergleich zur Periode 2000–05). Der Bildungssektor erhält auch weiterhin Mittel von UNICEF, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken. Die Schweiz finanziert ebenfalls die «Fast-Track-Initiative» (*Education for All – Fast Track Initiative, EFA FTI*), die zusätzlich 20 Millionen Kindern in Afrika südlich der Sahara den Schuleintritt ermöglichen soll. 15 FTI-Länder sind auf dem Weg, das vorgegebene Ziel zu erreichen, das heisst, 95 % aller Kinder schliessen bis 2015 die Grundschule ab, und der Mädchenanteil liegt bei den neuen Einschulungsquoten in FTI-Ländern bei 60 %.

Die Erzielung einer 100%igen Einschulungsrate bis 2015 (MDG 2) bleibt eine wichtige Aufgabe der Partnerregierungen. In Sub-Sahara Afrika stiegen die Einschulungsraten von 58 % (1999) auf 74 % (2009). Diese Einschulungsraten verschweigen die ungenügende Qualität eines Grossteils der offiziellen Bildungssysteme: In Ländern wie Burkina Faso gingen 50 % der Jugendlichen zwischen 17 und 22 Jahren während weniger als zwei Jahren zur Schule und konnten folglich nicht einmal Grundkenntnisse erwerben. Um die tatsächliche Schulsituation zu widerspiegeln, müssten die Einschulungsraten durch die Rate der Grundschulabschlüsse ergänzt werden. Die

Schweiz unterstützt alternative Bildungs und Grundschulmodelle, die eine Integration der am stärksten marginalisierten Kinder und Jugendlichen ermöglichen. Sie achtet darauf, dass solche Modelle von den Regierungen anerkannt werden, damit die Jugendlichen die Möglichkeit haben, ins offizielle Schulsystem überzutreten oder eine qualifizierte Ausbildung

zu absolvieren. Die bestehenden Schweizer Unterstützungsprogramme im Primarschulbereich und Grundbildung werden in den kommenden fünf Jahren weitergeführt. Für die Schweiz stehen informelle Formen der Grundbildung und deren Verbindung mit Berufsbildung im Zentrum, sowie der Wiederaufbau von Schulen nach Katastrophen.

MDG 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung sind Frauen. Der gemachte Fortschritt des vergangenen Jahrzehnts in MDG 3 ist bescheiden. Wer in der Entwicklungszusammenarbeit arbeitet sieht, dass die Diskriminierung von Frauen die weltweit am meisten verbreitete Form der Ausgrenzung darstellt und dass ungleiche Macht zwischen Männern und Frauen, insbesondere die ungleiche Beteiligung am wirtschaftlichen Leben und politischen Entscheidungen, ein Hauptgrund für Armut sowie für soziale und politische Instabilität sind. Daher achtet die Schweiz wie andere Geber darauf, dass alle Interventionen auf ihre geschlechterspezifischen Auswirkungen hin überprüft werden (Gender Mainstreaming⁹). Die Schweiz unterstützt zudem spezifische Massnahmen, welche die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern fördern und Frauen wirtschaftlich, politisch und sozial stärken. Die Schweiz unterstützt institutionelle Prozesse, in welchen Frauen und Männer gleichberechtigt ihre Bedürfnisse äussern, an Entscheidungen teilhaben und ihre Möglichkeiten erweitern können. In diesem Zusammenhang ist der gezielte und wirkungsvolle Einsatz von finanziellen Mitteln entscheidend. Mit dem Instrument des *Gender Responsive Budgeting* (GRB) werden Finanzentscheide für die internationale Zusammenarbeit auf ihre Genderrelevanz hin überprüft und die unterschiedlichen Auswirkungen der Interventionen auf Frauen und Männer erfasst und diese wenn nötig angepasst.

Wertschöpfungsketten für Empowerment

Ein Einkommensförderungsprogramm in Bangladesch zielt darauf ab, Armut durch nachhaltige Nutzung lokaler Ressourcen zu reduzieren. Durch die Integration im Erwerbsleben haben nach eigener Einschätzung 63 % der teilnehmenden Frauen ihre Stellung in der Familie und 30 % ihre Position in der Gemeinde verbessern können.

Mit Programmen im Bereich der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt die Schweiz zune-

helfend Wertschöpfungsketten, die den Zugang der Frauen zu Einkommen erweitern. Dabei besteht die Gefahr, dass der (Zeit-)druck auf die Frauen noch grösser wird, indem sie zusätzlich zur unbezahlten Haus- und Familienarbeit Zeit für den Erwerb von Einkommen aufwenden müssen, das oft zu gering zur Deckung der Alltagskosten ist und über das sie häufig keine Ausgabenkontrolle besitzen. Darum unterstützt die Schweiz Programme, die Haus- und Familienarbeit erleichtern, zum Beispiel durch die Verbesserung von Trinkwasserversorgung und Sanitäranlagen in Nicaragua, Haiti und Bangladesh, durch Betreuungsangebote für Kinder von Ziegelerbeiterinnen in Nepal oder durch die Erhöhung des Bildungskapitals junger Frauen in Peru, Burkina Faso oder Niger. Im Westbalkan sowie in Bolivien, Pakistan, Burkina Faso stärkt die Schweiz Bemühungen zur Förderung von Frauen als Politikerinnen sowie institutionelle Prozesse, welche die Beteiligung von Frauen an lokalpolitischen Entscheidungen fördern.

Dies allein schafft nicht automatisch mehr Gendergleichstellung, ebenso wenig wie Wirtschaftswachstum automatisch zu Empowerment von Frauen führt. Die Situation der Frauen gilt vielmehr als Seismograph für Entwicklung und Sicherheit. Denn arme Frauen sind in der Regel am stärksten von Naturkatastrophen, Preisschwankungen oder Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen betroffen. Auch leisten Frauen besonders in Krisen viel unbezahlte Mehrarbeit.

Über die Unterstützung multilateraler Organisationen leistet die Schweiz indirekt einen Beitrag zur geschlechtergerechten Entwicklung und Selbstbestimmung von Frauen weltweit: Der *Trust Fund des CSW* (Commission on the Status of Women, UN Economic and Social Council), mit welchem die Umsetzung der *Beijing Plattform* oder der MDGs erreicht werden, der *Gender Action Plan* der Weltbank oder UNIFEM- und UNFPA-Programme. UNIFEM hat zum Beispiel in Ecuador nachhaltig darauf hingewirkt, dass praktisch alle Forderungen der Frauen bezüglich reproduktiver Rechte, Schutz vor genderspezifischer Gewalt, Gleichberechtigung in Wahlprozessen, auf dem Arbeitsmarkt und in der Bildung in die nationale Verfassung aufgenommen worden sind.

⁹ Gender Mainstreaming ist der Fachausdruck für die Integration einer Gleichstellungsperspektive in alle Ebenen und Bereiche eines Themas oder einer Aktivität.

Strassen bringen Arbeitsplätze und Einkommen

Vom Einkommen, welches an 1,5 Millionen Arbeitstagen in Schweizer Strassenbauprojekten in Nepal erarbeitet wurde, stehen 40 % den Frauen zu. Dank der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation dieser Frauen hat die Zahl eingeschulter Mädchen zugenommen. Trotz diesem Erfolg ist die Weiterentwicklung mit Aufmerksamkeit zu beobachten, denn die Arbeit, welche die Frauen leisten, kann gesundheitsschädigend wirken. Das Geld, das sie verdienen wäre aber nicht genug, um die Kosten medizinischer Versorgung zu decken. In regelmäßigen Abständen werden daher Gemeinden besucht und Frauen nach ihrer Befindlichkeit befragt. Kleine Fallstudien zur Entwicklung in bestimmten Projektregionen sind ein wichtiges Instrument, solche Veränderungen feststellen und entsprechende Anpassungen vornehmen zu können.

International anerkennen viele Staaten, dass die volle und effektive Umsetzung der *Erklärung und Aktionsplattform von Beijing 1995* eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung internationaler Entwicklungsziele und speziell der MDGs darstellt¹⁰, so auch die

¹⁰ Siehe Bericht des UNO-Generalsekretärs über die «Review of the implementation of the Beijing Declaration and Platform for Action and the outcome of the twenty-third special session and its contribution to shaping a gender perspective in the realization of the Millennium Development Goals» (www.un.org/womenwatch/daw/csw/)

MDG 4/5: Senkung der Kindersterblichkeit und Verbesserung der Gesundheit von Müttern

2009 starben in der Schweiz fünf von hunderttausend Müttern an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt; in Burkina Faso waren es 700 pro hunderttausend¹¹. Zur Erreichung der MDGs 4 und 5 unterstützt die Schweiz vorrangig Gesundheitsprogramme, die die ärmsten und am stärksten verwundbaren Gruppen erreichen, dazu gehören auch Kinder und Mütter. Um deren Gesundheit zu verbessern, konzentriert sich die Schweiz namentlich auf die Stärkung von Gesundheitssystemen, den Aufbau von Gesundheitsdiensten für die Armen, Empowerment von Gemeinschaften und Benutzern von Gesundheitsdiensten, die Überwachung von übertragbaren Krankheiten sowie die Förderung der reproduktiven Gesundheit und der damit zusammenhängenden Rechte. Um diese Ziele zu erreichen, wird sowohl der bilaterale als auch der multilaterale Kanal genutzt.

Die Ursache für den Tod von Müttern und Kindern liegt nach wie vor allzu oft in einer ungenügenden

Schweiz. In unserem Land sind bezüglich der Umsetzung der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing Fortschritte besonders in den Bereichen der Bildung, Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und politischer Partizipation der Frauen gemacht worden. Im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit hat sich die Schweiz vor allem in den Beijing Aktionsbereichen Armutsbekämpfung, Verbesserung der Gesundheit, Zugang zu Bildung und ökonomischen Ressourcen, Friedensförderung sowie bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt engagiert.

MDG 3 wird weltweit bis 2015 nicht erreicht werden. Die Geschwindigkeit des Fortschritts wird gerade auf diesem Gebiet durch die Wandlungsfähigkeit der Gesellschaft begrenzt. Weltwirtschaftliche Entwicklungen, Kriege und ökologische Katastrophen bringen zudem immer wieder Rückschläge für die Gleichstellung von Frauen. Sie sind von Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen und Katastrophen stärker betroffen als Männer. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie schlechteren Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Die Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt, die Verteidigung der Rechte der Frauen, besonders in Krisen- und Katastrophensituationen, sowie das wirtschaftliche, soziale und politische Empowerment von Frauen stehen weiterhin im Zentrum der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit.

Gesundheitsversorgung; die Dienstleistungen können nicht in der erforderlichen Qualität, aber auch nicht am richtigen Ort und zum richtigen Zeitpunkt erbracht werden. Aus diesem Grund setzt die Schweiz auf einen umfassenden Ansatz hinsichtlich Planung, Umsetzung und Monitoring von Gesundheitsreformen in den Partnerländern. Sie unterstützt aktiv sektorische Ansätze und beteiligt sich an Budgets des Gesundheitssektors, z. B. in Tansania, Mosambik und Kirgisistan. Ausserdem fördert sie ein besseres Management der Gesundheitssysteme mit klaren ärztlichen Überweisungsmodellen und einem dezentralen und stärkeren Einbezug der Zivilgesellschaft.

Die Schweiz geht bei der Verbesserung von Dienstleistungen in der Gesundheitsversorgung von einem Armutsfokus aus, der insbesondere die Bedürfnisse armer Männer, Frauen, Jugendlicher und Kinder ins Zentrum rückt. Dabei geht es um einen besseren Zugang zu und eine Verbesserung der Qualität bei der Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern auf allen Ebenen. Dazu gehören vorgeburtliche Betreuung in der Grundversorgung, Kindernotfallstationen, Informationen über den zeitlichen Abstand zwischen zwei

¹¹ Millennium Development Goals Database, United Nations Statistics Division
<http://data.un.org/Data.aspx?d=MDG&f=seriesRowID%3A553>

Schwangerschaften, Neugeborenenbetreuung sowie die Bereitstellung von Einrichtungen für Ärzte, Krankenpflegepersonal und Hebammen, die auch Ausbildungsfunktionen wahrnehmen. Hinzu kommen die Ausarbeitung von nachhaltigen armutsorientierten Finanzierungsmodellen sowie die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten im humanitären Bereich.

Verbesserung der medizinischen und sozialen Betreuung von werdenden Müttern in Rumänien, in Moldawien und in der Ukraine

Die Programme orientieren sich an einem sicheren Verlauf der Mutterschaft, indem sie den Zugang zu einer qualitativ guten vorgeburtlichen Betreuung mit Ultraschall-Diagnose sicherstellen und Präventionsmassnahmen auf Gemeindeebene und in der Grundversorgung fördern. Die Einrichtungen wurden erneuert, Ärzte, Krankenpflegepersonal und Hebammen wurden ausgebildet, das nationale Monitoring und Evaluationssystem wurde gestärkt, Protokolle, Richtlinien und Handbücher wurden ausgearbeitet und entwickelt, Rollen und Kompetenzen zwischen den verschiedenen Gesundheitsversorgungseinrichtungen wurden geklärt und die gegenseitige Kommunikation verbessert. Verschiedene Kampagnen zur Gesundheitsförderung stützen und ergänzen diese Programme. So half die Schweiz Moldau bei der Umsetzung seiner nationalen Strategie zur reproduktiven Gesundheit, die zwischen 2000 und 2009 die Müttersterblichkeit um 37 % und die neonatale Sterberate (0–4 Lebenswochen) um mehr als 27 % senken konnte.

Die Schweiz legt grossen Wert auf die Befähigung und Sensibilisierung von Individuen und Gemeinschaften, wenn es um gesundheitsrelevante Entscheide und eine vernünftige Nutzung der Gesundheitsdienste geht. Dabei spielen unter anderem folgende Elemente eine zentrale Rolle: Bereitstellung von Informationen über eine gesunde Schwangerschaft für Frauen und ihre Partner, Errichtung von multisektoriellen Gesundheitszentren für Mütter und Kinder auf Distriktebene, Förderung der Tests von Jod im Salz und die Ausarbeitung von auf Peers zugeschnittene Ausbildungsprogramme in Lebenskompetenzen («life skills»).

Bessere Überlebenschancen für Kinder in Ruanda

In Ruanda konnte dank gezielter Schweizer Unterstützung beim Aufbau des Gesundheitssystems in mehreren Distrikten die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren zwischen 2007 und 2009 um 32 % gesenkt werden. Die Interventionen schliessen unter anderem verbesserten Zugang zu präventiven und kurativen Gesundheitsdienstleistungen ein. So unterstützt die Schweiz den Aufbau von Krankenkassen, was dazu führt, dass 85 % der Bevölkerung versichert sind und die Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen von 40 % im Jahr 2000 auf 70 % im Jahr 2007 angestiegen ist.

Das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, einschliesslich Familienplanung, sowie die Verbesserung der Gesundheit von Mutter und Kind sind für die Entwicklung einer Gesellschaft von grösster Bedeutung. Schweizer Programme legen besonders Wert auf geschlechtsspezifische Ansätze, um eine Verbesserung der Gesundheitslage zu erreichen. Dabei trägt sie zur Bereitstellung von in vorhandenen Gesundheitsdiensten integrierte Leistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit bei, dazu gehören Familienplanung, sexuell übertragbare Krankheiten, Gesundheit von Müttern und Kindern. Die Schweiz unterstützt zudem Betreuungsangebote bei ungewollten Schwangerschaften und fördert durch Präventionsmassnahmen an Schulen die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Jugendlichen sowie speziell auf die Bedürfnisse von Jugendlichen zugeschnittene Gesundheitsdienste. Zudem unterstützt sie Bemühungen, zur Eindämmung der Gewalt an Frauen, unter anderem der häuslichen Gewalt und der Beschneidung. So unterstützt die Schweiz in Burkina Faso, Senegal und Mali gezielte Aufklärungsprogramme zur gesundheitlichen Gefährdung durch weibliche Genitalverstümmelung. Trotz Rückgang der Beschneidungsrate von 98 % (2000) auf 92 % (2006) etwa im ländlichen Mali¹², bleibt diese Praxis weit verbreitet.

Leben retten dank Familienplanung

UNFPA führt auf regionaler und nationaler Ebene gezielte Anwaltschaftsarbeit durch, was zu einer Erhöhung der staatlichen Mittel für Produkte der reproduktiven Gesundheit geführt hat. So wurde in Burkina Faso das nationale Budget für Verhütungsmittel von 32 % 2007 auf 89 % 2008 erhöht. In Nicaragua deckte die Regierung 2006 1% des Gesamtbedarfs an Verhütungsmitteln, 2007 waren es 10 % und 2008 bereits rund 36 %. Der «Country Commodity Manager», eine von UNFPA entwickelte Software, wird heute in 89 Ländern eingesetzt, um den zentralen Lagerbestand zu verwalten und Daten dazu bereitzustellen.

Nebst der bilateralen Unterstützung mehrerer Länder des Südens, Osteuropas und Zentralasiens, unter anderem durch die Unterstützung von nationalen Projekten, Budgets and Sektorprogrammen, leistet die Schweiz unverändert Beiträge an multilaterale Institutionen wie UNFPA, UNAIDS, GFATM, UNICEF, WHO sowie an zahlreiche Schweizer und internationale NGOs wie die Internationale Organisation für Sexuelle und Reproduktive Gesundheit (IPPF).

Senkung der Kindersterblichkeit durch flächendeckende Impfkampagnen

Grossangelegte Impfkampagnen und die Verabreichung von Vitamin A für Kinder sind kostenwirksam, weil Millionen von Menschenleben gerettet

¹² Siehe «Enquête démographique et de santé, EDSM-IV», 2006, République du Mali, p. 287

und die Entwicklung von menschlichem Potenzial sichergestellt wird. 2008 führte UNICEF mit seinen Partnern in 24 Ländern Aktivitäten durch und veranstaltete in 50 Ländern Kindergesundheitstage. Die von UNICEF mitgetragene Masernkampagne erreichte in Niger rund 2,9 Millionen Kinder und in Pakistan rund 35 Millionen. In Libanon wurde eine kombinierte Masern- und Rötelnimpfung bei allen Kindern zwischen 9 Monaten und 14 Jahren durchgeführt. Mit der Unterstützung von UNICEF und WHO konnte im Irak fast jedes Kind unter 5 Jahren gegen Tuberkulose geimpft werden.

Während der anstehenden fünf Jahre stehen für die Schweiz die Überlebenshilfe für Kinder und die Verteidigung ihrer Rechte in Krisen- und Katastrophensituationen im Zentrum. Bis heute sind gewisse Erfolge zu verzeichnen: Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren fielen von 12,5 Mio. pro Jahr (1990) auf 8,8 Mio. (2005). Trotzdem werden viele Länder nach gegenwärtigen Trends die MDGs 4 und 5 nicht erreichen. Um ihre Erreichung zu forcieren, ist eine Bündelung der Mittel notwendig. Die reproduktive Gesundheit von Frauen steht dabei weiterhin im Zentrum der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit.

MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten

Wir leben in einer Zeit, wo sich Krankheiten und Epidemien Dank weltweiter Mobilität zunehmend leichter ausbreiten. Im Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose unterstützt die Schweiz auf multilateraler Ebene verschiedene Institutionen, so zum Beispiel den *Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria* (GFATM) und das *Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen zu HIV/Aids* (UNAIDS) als zentrale Akteure. Dank Programmen, welche durch den Globalen Fonds unterstützt werden, erhielten bis Ende 2009 2,5 Millionen Menschen Zugang zu antiretroviralen Medikamenten gegen HIV/Aids, 105 Millionen zu Beratung und HIV-Tests und 4,5 Millionen Waisenkinder zu medizinischer und psychosozialer Unterstützung. Durch die Unterstützung dieser Programme leistete die Schweiz einen Beitrag dazu, dass in den letzten 5 Jahren rund 4 Millionen potentielle Todesfälle vermieden, und zu einem Rückgang der Sterblichkeitsrate in den am stärksten betroffenen Ländern Swaziland, Botswana, Lesotho, Südafrika, Namibia und Simbabwe beigetragen werden, was auch die Überbeanspruchung der Gesundheitseinrichtungen durch HIV/Aids gemildert hat. Im Kampf gegen die Tuberkulose konnten 6 Millionen neu erkrankte Fälle zeitgerecht diagnostiziert und behandelt werden. Im Rahmen von Malaria-Kontrollprogrammen wurden insgesamt 104 Millionen Bettnetze zum Schutz gegen Mückenstiche abgegeben und 108 Millionen medikamentöse Behandlungszyklen verabreicht. Dies entspricht einer Verdoppelung der abgegebenen Bettnetze oder der Behandlungszyklen von akuten Malariainfektionen gegenüber 2008.

Durch allgemeine und sektorielle Budgethilfe unterstützt die Schweiz in Tansania und Mosambik die nationalen Programme zur Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten. Die systematische Einbettung dieser Programme ins Gesundheitssystem zeigt nun erste Früchte, beispielsweise mit sinkenden Prävalenzraten im HIV/Aids-Bereich, sowie vermehrt erfolgreicher Behandlung der Tuberkulose.

Bessere Lebensbedingungen für HIV/Aids-Kinder in 13 Ländern des östlichen und südlichen Afrika

Seit 2002 unterstützt die Schweiz REPSI (Regional Psychosocial Support Initiative for Children Affected by AIDS, Poverty and Conflict) – eine regionale Initiative in 13 Ländern in Ost- und im südlichen Afrika. Das Programm hat zum Ziel, die Ausbreitung von HIV/Aids einzudämmen, die mit HIV/Aids verbundene Stigmatisierung zu beseitigen und die von HIV/Aids betroffenen Kinder psychosozial zu unterstützen. Bisher haben mindestens eine Million Kinder durch diese Initiative Zugang zu qualitativ hochstehender psychosozialer Unterstützung erhalten.

Um Malaria zu bekämpfen ist die Schweiz Mitglied der Stiftung *Medicines for Malaria Venture* (MMV), welche die Entwicklung und Registrierung von neuen Medikamenten für die Behandlung und Prävention von Malaria in den von dieser Krankheit besonders betroffenen Ländern unterstützt. Durch diese Zusammenarbeit konnte beispielsweise Coartem® Dispersible, das erste Kombinationspräparat auf Artemisinin-Basis (ACT) speziell für Kinder, die an Malaria erkrankt sind, eingeführt werden. Weiter hat sie im Jahr 2007 die Swiss Malaria Group, ein Konsortium der wichtigsten öffentlichen und privaten Institutionen, die sich gegen Malaria engagieren, ins Leben gerufen und koordiniert seither deren Aktivitäten. So konnte in Tansania dank dem Einsatz von imprägnierten Moskitonetzen die Kindersterblichkeit wegen Malaria um ein Viertel reduziert werden – das sind 40 000 Kinderleben pro Jahr. Obschon der Zugang zu Insektizid imprägnierten Bettnetzen und Malaria-medikamenten dank diesem Engagement zugenommen hat, bleibt das globale Ziel noch unerreicht.

Rund eine Milliarde Menschen sind von verstümmelten oder bei Vernachlässigung tödlichen Krankheiten betroffen. Hierzu gehören namentlich lym-

phatische Filariose, Drakunkulose, Tuberkulose und Lepra. Hier unterstützt die Schweiz nationale Interventionsprogramme zur Stärkung von Gesundheitssystemen und stärkt private Initiativen mit dem Ziel, wirksame, sicher und einfach anzuwendende Medikamente zu entwickeln und betroffenen Bevölkerungen allgemein verfügbar zu machen. Die nationalen Tuberkulose- und Lepraprogramme in Tansania gehören mit 87,7% beziehungsweise 91,7% erfolgreich behandelten Patienten und Patientinnen zu den erfolgreichsten Kontrollprogrammen weltweit.

MDG 6 ist von globaler Bedeutung für Arm und Reich, weil insbesondere HIV/AIDS und Tuberkulose

übertragbar sind. Das Wachstum der HIV Infektionen hat sich in den letzten Jahren abgeschwächt. In den meisten Teilen der Welt fällt die Zahl der Tuberkulosefälle. An Malaria starben trotz vieler wirksamer Interventionen seitens Gebern und Regierungen 2008 immer noch 850 000 Menschen, die meisten davon in Afrika. Die Schweiz wird in den kommenden fünf Jahren die bilateralen Gesundheits-Programme und multilateralen Beiträge für Gesundheit mindestens auf dem bestehenden Niveau weiterführen und die Partnerschaften mit dem Schweizer Privatsektor und anderen Schweizer Akteuren des Gesundheitssektors intensivieren.

MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Wir leben in einer Zeit, wo 6,8 Milliarden Menschen das gleiche Recht auf Energie für Entwicklung, Kohlendioxydausstoss für Entwicklung, Rohstoffverbrauch für Entwicklung, usw. beanspruchen. MDG 7 «Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit» ist insofern verschieden von MDG 1 bis 6, als es sich sowohl um ein eigenständiges qualitatives Ziel handelt, als auch um ein Querschnittsziel, welches bei der Verfolgung der anderen Ziele berücksichtigt werden muss. Während MDG 1 bis 6 in erster Linie Entwicklungsländer fordern, ist die Erreichung der qualitativen Aspekte von MDG 7 auch für die Schweiz eine Herausforderung. Die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist gemäss Bundesverfassung nicht nur ein Staatsziel der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Art. 2 BV), sondern auch einer der fünf prioritären Bereiche der schweizerischen Aussenpolitik (Art. 54 BV). Die Schweiz engagiert sich auf globaler Ebene, in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie in der Schweiz für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Beitrag zur Erreichung von MDG 7.

Globales Engagement zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit

Eine proaktive internationale Umweltpolitik ist das zentrale Instrument der Schweiz für die Umsetzung der qualitativen Aspekte von MDG 7. Die Schweiz spielt deshalb eine sehr aktive Rolle in internationalen Organisationen, Prozessen und Instrumenten zum Schutz der Umwelt. Sie ist beispielsweise engagiertes Mitglied und einer der wichtigsten Geldgeber des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Die Schweiz hat alle wichtigen multilateralen Umweltabkommen ratifiziert und engagiert sich in den entsprechenden Gremien für eine konsequente Umsetzung der gesteckten Ziele zum Schutz der Umwelt und deren Weiterentwicklung.

Die Schweiz engagiert sich auf globaler Ebene auch für die Erreichung der Querschnittsaspekte von MDG

7. Das gegenwärtige internationale Umweltsystem ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Akteuren, Instrumenten und Prozessen, welche nur ungenügend aufeinander abgestimmt sind. Deshalb setzt sich die Schweiz seit Jahren an vorderster Front für eine Verbesserung der Effizienz und der Wirksamkeit der Institutionen und Prozesse der internationalen Umweltpolitik ein. Eine Verbesserung der internationalen Umweltgouvernanz trägt dazu bei, dass die ökologische Nachhaltigkeit bei der Erreichung der MDGs sichergestellt werden kann. In diesem Zusammenhang hat die Schweiz auch eine Initiative zur Schaffung von Globalen Umweltzielen lanciert, welche die Harmonisierung der weltweiten Anstrengungen zum Schutz der Umwelt und der Erreichung von MDG 7 fördern sollen.

Schweizer Initiative zur Schaffung von Globalen Umweltzielen (Global Environmental Goals, GEGs).

Die Grundidee des Vorschlags besteht darin, auf der Basis existierender internationaler Verpflichtungen bzw. Übereinkommen eine Liste der allerwichtigsten Ziele zum Schutz der Umwelt zusammenzustellen. Damit soll ein einfaches aber wirkungsvolles Instrument geschaffen werden, das die Harmonisierung der weltweiten Anstrengungen zum Schutz der Umwelt fördert. Das Engagement der Schweiz für diese Idee zusammen mit einer kleinen Gruppe gleichgesinnter Staaten hat dazu geführt, dass von UNEP eine umfassende Zusammenstellung aller wichtigen globalen Ziele und Verpflichtungen im Umweltbereich erarbeitet wurde. Diese Zusammenstellung kann sich für die Umsetzung von MDG 7 von grossem praktischem Nutzen erweisen.

Unterstützung von Entwicklungsländern zur Nachhaltigkeit

Prioritäten der Schweiz zur Stärkung der ökologischen Nachhaltigkeit in Entwicklungsländern	
Wassersektor	Klimaschutz
Erhaltung und Nutzung der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft und in den natürlichen Ökosystemen, dem wichtigsten Einkommenssektor für die Armen in Entwicklungsländern	Nachhaltigkeit im internationalen Handel (Unterstützung von Nachhaltigkeitsstandards) Verbesserung der industriellen Öko-Effizienz
Nachhaltige Nutzung und/oder Wiederherstellung von landwirtschaftlichen Böden und Wäldern	Nachhaltigkeit bei Investitionen (Umwelttechnologietransfer)
Abfallmanagement	Modernisierung der Umweltinfrastruktur

Trinkwasser, sanitäre Grundversorgung, Bewässerung und MDG 7

Die Verschaffung von Zugang zu Trinkwasser ist ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Schweiz, regional und global. Der Wirkungsbericht 2008 unserer Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor liefert eindrückliche Zahlen¹³. Im Wassersektor haben dank Schweizer Entwicklungsprogrammen in Bangladesch, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan, Moldawien, Ungarn, Mosambik und Niger zwischen 2002 und 2007 mindestens 1 850 000 Personen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung erhalten. Diese Programme tragen zur Verwirklichung des Rechts auf Trinkwasser bei. Der Zugang zu Bewässerungswasser für arme Kleinbauern und -bäuerinnen wurde in der gleichen Periode in Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan und Niger jährlich für ungefähr 30 000 Personen verbessert, was zur substantiellen Verbesserung der Ernährungssicherheit und des Einkommens dieser Familien beigetragen hat. Die Investitionen im Wassersektor haben ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Eine Studie von 10 Schweizer Wasserprogrammen in 9 Ländern hat gezeigt, dass für jeden investierten Schweizer Franken ein sozialer und wirtschaftlicher Nutzen – zum Beispiel weniger Gesundheitsauslagen oder eine höhere Landwirtschaftsproduktion – von mindestens 3 bis 5 Franken entsteht. Viele der Interventionsräume weisen einen hohen Gebirgsanteil aus, was der Schweiz eine hohe Legitimität und das Einbringen eigener Erfahrung ermöglicht.

Im Bereich Wasser arbeitet die Schweiz eng mit verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen zusammen. So zum Beispiel mit der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) und dem *Water Supply and Sanitation Collaborative Council* in Genf, um das Thema Siedlungshygiene international voranzutreiben. Auf internationaler Ebene arbeitet die Schweiz auch im Weltbank *Water-Sanitation Project* (WSP) mit, wo globale Ansätze für die Lösung von Wasser- und Sanitärproblemen im Süden erarbeitet werden. Weiter befasst sich das Programm in-

teraktiv mit Wassersicherheit im Nahost, in Nordafrika sowie in Lateinamerika, Regionen wo Wasser eine Ursache für Konflikte ist. Die Schweiz, ist zudem aktives Mitglied der *Global Water Partnership* mit Sitz in Stockholm, welches den integrierten Ansatz für Wasserbewirtschaftung entwickelte und verbreitet.

Mazedonien: Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung für die Menschen und die Natur

In Mazedonien ist Wasser knapp und oft durch Industrie-, Haushalts- und Landwirtschaftsabwässer verschmutzt. Durch den Bau von Abwasserreinigungsanlagen und die Erneuerung von Trinkwasseranlagen, wird die wertvolle Ressource Wasser besser geschützt. Seit 2000 wurden CHF 38 Mio. für Rehabilitation von urbaner Wasserinfrastruktur alloziert. Davon haben mehr als 200 000 Menschen profitiert. In jedem Projekt, wird auch das organisatorische und finanzielle Umfeld der Wasserversorgungsgesellschaften analysiert und wo notwendig verbessert. So wird die Wasserver- und -entsorgung wirtschaftlich abgesichert und nachhaltig.

Zentralasien: bessere Ernährung, weniger Konflikte, mehr Einkommen dank Bewässerung

Durch den Anbau von Gemüse wurde die Ernährung abwechslungsreicher und gesünder. In Tadschikistan berichten Bauern von einem Einkommenszuwachs von 100%, in Usbekistan von 10–15%. Dank transparenter und gerechter Wasserverteilung nahmen die Konflikte zwischen verschiedenen Bauerngruppen und zwischen Familien ab. Das Warten auf das Wasser – täglich bis zu 10 Stunden – entfällt, da die Wasserzuteilung heute klar geregelt ist.

Bei allen Interventionen beachten die Schweizer Programme die Zusammenhänge zwischen Armut und Umwelt. Umweltprojekte zur Erzielung von MDG 7 haben idealerweise immer auch einen positiven Effekt auf die Einkommen der Armen, also auf MDG 1. Die Schweiz interveniert dabei oftmals in Gebirgsräumen, wo Ernährungsunsicherheit mit einem hohen Agrobiodiversitätspotential zusammentreffen.

¹³ Wirkungsbericht Schweizer Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor, DEZA, SECO, Bern 2008

Ökonomischer und ökologischer Mehrwert dank gemeinschaftlicher Waldnutzung

Das nepalesisch-schweizerische Waldprojekt verbessert nachhaltig die Lebensbedingungen von Waldnutzern und benachteiligten Familien in vier der ärmsten Distrikte Nepals. Das Projekt trug in den letzten Jahrzehnten zu einer weltweit beachteten, spektakulären Erholung der Waldressourcen bei. Die Fläche der Gemeinschaftswälder nahm um 20 % zu und aus übernutztem Wald wurde guter Wald mit beträchtlich höheren Holzvolumen. Total haben die Gemeinschaftswälder in Nepal bis heute 10 Mio CHF zugunsten der gemeinnützigen Kassen der Kooperativen generiert. Für zukünftige Ansätze der Kohlenstoffspeicherung in Wäldern von Entwicklungsländern sind die für die Armen ökonomisch interessanten Gemeinschaftswälder Nepals darum richtungsweisend.

Die Schweiz unterstützt dabei die Stärkung und Harmonisierung der verschiedenen Standardisierungssysteme sowie deren Umsetzung (Capacity Building für Produzenten im Hinblick auf die Zertifizierung) in Entwicklungsländern.

Besondere Bedeutung hat die Förderung der öko-effizienten industriellen Produktion und das effiziente Recycling in Entwicklungsländern. Zusammen mit der UNIDO hat die Schweiz das weltweit grösste Netzwerk an *Cleaner Production Centres* zur Förderung von Energie-, Wasser- und Rohmaterial in Kolumbien, Peru, Südafrika, Ägypten, Marokko, Tunesien, Jordanien, Vietnam, Indien und China aufgebaut. Diese Massnahmen werden ergänzt durch Projekte zur modernen, umwelt- und sozialverträglichen Wiederverwertung des weltweit, gerade auch in dynamischen Entwicklungsländern stark ansteigenden Elektroschrotts.

Biodiversität und MDG 7

Der Erhalt der globalen Biodiversität bleibt wichtig. Eine der Massnahmen konzentriert sich auf den Aufbau eines nachhaltigen Handels mit Biodiversitätsprodukten und -dienstleistungen aus Entwicklungsländern. Zusammen mit der UNCTAD und anderen Gebern unterstützt die Schweiz das Bio-Trade Programm sowie Länderprogramme in Kolumbien, Peru, Vietnam, Südafrika.

Nachhaltiges Recycling des Elektronikschrotts aus Entwicklungsländern

Die stark zunehmende Durchdringung mit Informatik- und Telekommunikationstechnologie, aber auch Haushaltgeräten führt weltweit zu einem immer höheren Anfall an Elektronikschrott. Das e-waste Recycling erfolgt in Entwicklungsländern traditionell oft im informellen Sektor, der durch unsachgemässe Handhabung Schadstoffe wie Blei, Quecksilber oder Dioxine freisetzt und so die Gesundheit der Beteiligten und die Umwelt belastet. Die Schweiz unterstützt darum in dynamischen Ländern wie China, Indien, Südafrika, Peru und Kolumbien den Aufbau moderner nationaler Recyclingsysteme, welche die Produzenten und Händler in die Verantwortung nehmen und die Zusammenarbeit mit spezialisierten lokalen und internationalen Recyclingunternehmen beinhalten. Bewährte technologische und institutionelle Lösungen werden im Rahmen des internationalen Wissensaustausches u. a. mit der Basler Konvention und der UN-Initiative StEP (Solving the e-waste Problem) weiteren Ländern im Süden zugänglich gemacht

Biodiversitätshandel: Schützen dank Nutzen

Die Schweiz unterstützt den Ansatz der Biodiversitätskonvention. Darum hat die Schweiz zusammen mit der UNCTAD seit 2002 das Konzept des «bio-trade» entwickelt und umgesetzt: Auf Basis lokaler biologischer Ressourcen werden Exportprodukte gefördert und gleichzeitig das nachhaltige Management der Ökosysteme sichergestellt. So konnten etwa im südlichen Afrika mit dem lokalen Partner Phytotrade Produkte wie Baobab, Marula oder die Kalahari Melone gefördert und international vermarktet werden, an deren Ernte und Produktion zu 85 % Frauen beteiligt sind. Insgesamt profitieren über 18 000 Beteiligte von der Zusammenarbeit mit Phytotrade – sie konnten ihre Einkommen von 2007 bis 2008 um 42 % steigern.

Lokale Projekte – Globale Wirkung auf MDG 7

Jedes erfolgreich nachhaltige lokale Projekt verbessert die globale Nachhaltigkeit, zum Beispiel:

Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit durch Standards, öko-effiziente Produktion und Recycling

Aufgrund der Globalisierung werden Produktionsprozesse oft auf Produktionsstandorte in verschiedenen Ländern verteilt und Produkte unterliegen entlang der Wertschöpfungskette verschiedenen ökonomischen, ökologischen und sozialen Standards. Die Schweiz setzt sich darum für die Schaffung und Beachtung von international breit abgestützten Nachhaltigkeitsstandards ein (zum Beispiel Fair Trade, Bioprodukte, Kaffee-, Baumwolle-, Soya-, Kakaonachhaltigkeitsstandards), welche diese Aspekte berücksichtigen.

Weniger CO₂ dank verbesserter Technologie in der Backsteinindustrie Asiens

Die Backsteinindustrie im aufstrebenden Asien verursacht riesige Umweltprobleme. Der Schadstoffausstoss der traditionellen Öfen zum Brennen von Backsteinen gefährdet die Gesundheit der Arbeiter/innen und die Produkte benachbarter Landwirtschaftsbetriebe. Die Schweiz engagiert sich in Vietnam, Nepal, Indien, Pakistan und Afghanistan für die Einführung verbesserter Technologien. Allein in Vietnam produzieren dank Schweizer Unterstützung

rund 300 Öfen jährlich 150 000 Tonnen weniger CO₂, was 75 000 Flügen zwischen Europa und Hanoi entsprechen. Die Modellwirkung hat dazu geführt, dass die weitere Verbreitung der Technologie in direkter Süd-Süd-Zusammenarbeit erfolgen kann.

Globales Engagement – Lokale Wirkung auf MDG 7

Im Bereich Klima arbeiten verschiedene Bundesämter eng mit Schweizer und internationalen Partnern, sowie mit verschiedenen Forschungsnetzwerken zusammen um beispielsweise die Effizienz der Stahlproduktion und der Backsteinherstellung in Indien zu erhöhen. Ein anderes Beispiel ist die Zusammenarbeit mit führenden Schweizer Architekten und Ingenieuren für energie- und ressourcensparendes Bauen im Süden. Des Weiteren arbeitet die Schweiz mit der UNO Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO), dem UNO Entwicklungsprogramm (UNDP), dem UN Environment Programme (UNEP) und der Weltbank an neuen Technologien und Normen für energiesparendes Engineering in mittleren und kleinen Unternehmen, so zum Beispiel in Indien. Nicht zuletzt sucht die Schweiz den Dialog mit den grossen Treibhausgasemittenten wie China oder Indien. In China arbeitet der Vertreter des Schweizer Globalprogramms Klima mit den Behörden von zehn chinesischen Städten an Gesetzen und Verfahren, mit dem Ziel, die Energieeffizienz der Stadtentwicklung (Mobilität, Gebäude, etc.) zu erhöhen.

Die Schweiz unterstützt die Entwicklungsländer zur Erreichung von MDG 7 über ihr politisches und finanzielles Engagement in verschiedenen internationalen Organisationen, insbesondere der *Globalen Umweltfazilität* (GEF), welche seit 1991 über 2400 Projekte in 165 Entwicklungsländern finanziert hat. Durch den multilateralen Fonds zur Umsetzung des *Montreal Protokolls* (Ozonfonds) konnte in Partnerschaft mit dem UNO-Umweltprogramm (UNEP), der UNO Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO), UNDP sowie der Weltbank zwischen 1987 und 2006 die Verwendung von Substanzen, welche die Ozonschicht schädigen, weltweit um 97 % reduziert werden. Weiter fördert die Schweiz die internationale Umwelt-Forschung, welche auch den Entwicklungsländern zu Gute kommt. Im 2009 ist die Schweiz einer globalen Forschungsallianz beigetreten (*Global Research Alliance on Agricultural Greenhouse Gases*). Diese hat sich zum Ziel gesetzt, den Ausstoss von Treibhausgasen aus der Landwirtschaft zu reduzieren, welche zurzeit rund 14 % des gesamten Ausstosses ausmachen.

Schweizer Klimapolitik

Entwicklungsländer brauchen für ihre Entwicklung preisgünstige Energie. Umso wichtiger ist es, dass Industrieländer wie die Schweiz, ihren CO₂ produzierender Energieverbrauch reduzieren und ihre

Energiepolitik auf eine breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung ausrichten. Der Gesamtenergieverbrauch der Schweiz steigt weiter an, Hauptfaktoren sind die positive Wirtschaftsentwicklung sowie das anhaltende Bevölkerungswachstum. Die Schweiz ist aber im internationalen Vergleich klimapolitisch auf relativ gutem Weg. Die Treibhausgasemissionen sind seit 1990 insgesamt leicht zurückgegangen, pro Kopf sogar deutlich. Gemäss den vorliegenden Szenarien kann die Schweiz die Verpflichtungen erfüllen, welche im *Kyoto-Protokoll* eingegangen worden sind, nämlich die Emissionen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 um 8 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Nachdem die Schweiz sich formell mit den Accord von Kopenhagen assoziiert hat, wird sie sich an den vorgesehenen Finanzierungen für Klimamassnahmen in Entwicklungsländern beteiligen. Mit der Botschaft zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) auf 0,5 % des BNE bis 2015, welche der Bundesrat dem Parlament vor Ende 2010 unterbreiten wird, soll u. a. der Beitrag der Schweiz an die Klimaanschubfinanzierung finanziert werden.

Schweizer Wasser- und Luftqualität

Wasser ist ein globales Allgemeingut (*Global Commons*), weil es global zirkuliert. Die Wasserqualität der Seen und Flüsse unseres Landes hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert. Die grosse Mehrheit der Haushalte ist an die Abwasserreinigung angeschlossen. Problematisch bleiben die Mikroverunreinigungen aus privaten Haushalten, der Landwirtschaft sowie aus Industrie und Gewerbe. Die Qualität des Grundwassers ist im Allgemeinen gut. In intensiv landwirtschaftlich genutzten Gebieten und Agglomerationen ist es aber häufig noch mit Schadstoffen wie Nitrat, Pflanzenschutzmitteln und Kohlenwasserstoffen belastet.

Auch Luft ist ein globales Allgemeingut. Die Luftqualität in der Schweiz hat sich in den vergangenen Jahren stark verbessert, was zur Erreichung von MDG 7 beiträgt. Seit dem Jahr 2000 sind jedoch nur noch kleine Fortschritte zu verzeichnen. Nach wie vor sind die Immissionen von Feinstaub, Ozon und Stickstoffdioxid sowie die Einträge von Stickstoffverbindungen zu hoch. Grund dafür sind insbesondere die Emissionen von Feinstaub (PM10), Stickoxiden (NOx) und flüchtigen organischen Verbindungen (NMVOC) sowie Ammoniak (NH₃). Sie stammen aus dem Verkehr, der Industrie, den Haushalten und der Landwirtschaft

Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit als Teil der Strategie Nachhaltige Entwicklung der Schweiz

Das oben beschriebene Engagement ist Bestandteil einer umfassenden Strategie zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung. Artikel 2 der *Schweizer Bundesverfassung* verlangt, dass sämtliche Politikbereiche auf die Nachhaltige Entwicklung auszurichten sind, und diese soll in die bestehenden Planungs- und

Steuerungsprozesse des Bundesrates, der Departemente und der Ämter integriert werden. Dafür verabschiedete der Bundesrat 2008 die «Strategie Nachhaltige Entwicklung: Leitlinien und Aktionsplan 2008–2011». Nach 1997 und 2002 handelt es sich dabei um die dritte Nachhaltigkeitsstrategie. Sie enthält neben den Leitlinien der Bundespolitik einen Aktionsplan mit konkreten Zielsetzungen für die Dauer der laufenden Legislaturperiode (2008–2011). Der Aktionsplan enthält 30 Massnahmen aus elf thematischen Handlungsfeldern.

Gegenüber der Strategie 2002 wurden die Beurteilung und Optimierung von politischen Vorhaben unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigen Entwicklung (Nachhaltigkeitsbeurteilung) sowie das Controlling verstärkt. Generell will die Strategie die Bedürfnisbefriedigung aller Menschen, namentlich auch der Armen in den Entwicklungsländern, gewährleisten und gleichzeitig Umwelt und Ressourcenverbrauch senken. Dafür wurden folgende Handlungsachsen definiert: Bekämpfung der globalen Klimaänderung, Steigerung der Produktivität der Wirtschaft mit Entkoppelung vom Ressourcen- und Energieverbrauch, nachhaltige Nutzung der natürli-

chen Ressourcen sowie eine qualitative und quantitative Verminderung der Beeinträchtigung der Umwelt, Intensivierung der Beiträge für die globale Armutsbekämpfung und die Friedensförderung sowie die Erhöhung deren Wirksamkeit.

MDG 7 wird die Welt weit über 2015 hinaus beschäftigen. Der Bundesrat hat darum an der UNO Klimakonferenz in Kopenhagen seine Absicht, sich in Klimafragen verstärkt zu betätigen, noch einmal bekräftigt. Dabei stehen folgende Schwerpunkte im Vordergrund: Mitigation des Klimawandels in Schwellenländern, Anpassung an Klimawandel besonders in der Landwirtschaft und in Berggebieten ärmerer Entwicklungsländer, Promotion des Low Carbon Development Paths (CO₂-freie Energie für Entwicklungsländer), integraler Ansatz zur Bearbeitung von Trinkwasserversorgung (Siedlungshygiene und Wasserressourcen-Management), die Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten bei jeder Ressourcennutzung in Süd und Nord. Darüber hinaus wird es von entscheidender Bedeutung sein, die bestehenden internationalen Ziele und Verpflichtungen im Umweltbereich zum Bestandteil der zukünftigen Strategie zur Erreichung von MDG 7 zu machen.

MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Wir leben in einer Zeit der globalen Normenbildung, auch in der Regierungsführung. Eine nachhaltige Verwirklichung der *Millenniumsentwicklungsziele* wird nur gelingen, wenn eine echte weltweite Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern basierend auf globalen Gouvernanz-Standards aufgebaut werden kann. Diese Partnerschaft beruht auf Gegenseitigkeit, verpflichtet also auch die Regierungen in armen Ländern das Ihrige beizutragen. MDG 8 nimmt Industrieländer in die Verantwortung, entwicklungsförderliche internationale Rahmenbedingungen zu schaffen und die Entwicklungsländer beim Erreichen der anderen sieben Ziele zu unterstützen.

Offenes Handelssystem

MDG 8 soll die wirtschaftliche Grundlage zur Erreichung aller MDGs bis 2015 bereitstellen. Wachstum von Produktion und Handel treiben jede Entwicklung an und fördern damit die Entwicklungsziele 1–7. Die internationale Arbeitsteilung und der internationale Handel von Gütern und Dienstleistungen ist ein Entwicklungsmotor. Stimmen die Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer, trägt globales Wirtschaftswachstum zur Armutsverminderung bei. Aus diesem Grund wurden die Mittel der Schweiz für die Zusammenarbeit im Bereich Handelsförderung mit Entwicklungsländern in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Als eine der führenden Geberländer im Bereich der handelsbezogenen technischen Zusammenarbeit verfolgt die Schweiz das Ziel, die Handelskapazitäten ihrer Partnerländer zu stärken. Der Fokus liegt dabei

auf drei Bereichen: handelsfördernde Rahmenbedingungen; internationale Wettbewerbsfähigkeit und Verbesserung des Marktzugangs. Dabei ist die Schweiz bestrebt, sowohl die wirtschaftliche wie auch die soziale, menschenrechtliche und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern.

Die Schweiz unterstützt ihre Partnerländer bei der Durchsetzung ihrer aus internationalen Abkommen hervorgehenden Ansprüche und Verpflichtungen. So berät die Schweiz ihre Partner im Bereich der handelsrelevanten Aspekte der geistigen Eigentumsrechte (TRIPS-Abkommen) oder bezüglich Zugang und gerechte Aufteilung des Gewinns aus der Nutzung von genetischen Ressourcen im Rahmen der internationalen *Biodiversitätskonvention*.

Internationaler Baumwollhandel

Dank einem von der Schweiz mitfinanzierten Programm, ist es einer Gruppe von vier westafrikanischen Baumwollproduktionsländern im Jahre 2003 gelungen, das Thema der marktverzerrenden Baumwoll-Exportsubventionen einiger Industrieländer weit oben auf die Traktandenliste der Welthandelsorganisation (WTO) zu setzen. Unterdessen wird die Initiative von allen Entwicklungsländern unterstützt, so dass «Baumwolle» zu einem Schlüsselindikator für den Erfolg der Doha-Entwicklungsrunde und letztlich die Glaubwürdigkeit der WTO ganz allgemein geworden ist.

Die Nachfrage nach umwelt- und sozialkonform produzierten Gütern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Schweiz unterstützt den Aufbau von internationalen Nachhaltigkeitsstandards für ausgewählte Rohstoffe, wie zum Beispiel Kaffee, Baumwolle, Tropenholz oder Soja. Neben dem Ziel, die Unternehmen in einer wirtschaftlich, sozial und umwelttechnisch nachhaltigen Produktion zu unterstützen, geht es auch darum, die Produkte, welche die entsprechenden Kriterien erfüllen, weg vom Nischen- hin zum Massenmarkt zu führen. Das Beispiel der mit Schweizer Unterstützung aufgebauten internationalen Vereinigung «4C-Association» im Kaffeebereich mit ihren über 100 Mitgliedern aus allen Kontinenten – darunter grossen Produzenten, Verarbeitern und Verteilern wie Café de Colombia, Nestlé, Aldi oder Coop – zeigt das Potenzial dieses Ansatzes.

Die Schweiz unterstützt ihre Partnerländer auch mit Projekten vor Ort und fördert die Export- und Wettbewerbsfähigkeit von Produkten sowie die bessere Integration lokaler Unternehmen in die internationalen Wertschöpfungsketten. So engagiert sie sich zusammen mit UNIDO im Aufbau von lokalen Standardisierungs- und Qualitätssicherungssystemen in Ländern wie Mosambik, Tansania oder Ghana, denn nur Produkte, welche internationalen Ansprüchen bezüglich Qualität, Sicherheit und Konsumentenschutz erfüllen, können auf dem internationalen Markt erfolgreich sein.

Stärkung der Export- und Wettbewerbsfähigkeit von Kaffeebauern in Tansania

Seit 2005 unterstützt die Schweiz in Tansania die Produktion und die internationale Vermarktung von Spezialitäten-Kaffee aus der Kilimandscharo-Region. Schwerpunkte des Einkommensförderungsprogramms sind eine stärkere Vernetzung der Produzenten, die Verbesserung der Produktqualität, der Aufbau der eigenen Marke «Killicafe» sowie die Optimierung der Prozesse in den Bereichen Verarbeitung, Marketing und Export. Dank der Einführung eines international akzeptierten Zertifizierungssystems ist es den Kleinbauern und -bäuerinnen gelungen, einen Kaffee zu produzieren, der den Ansprüchen führender Abnehmer genügt. So hat Starbucks sein Kaufvolumen in 2006 um ein Dreifaches erhöht. Der Exporterlös belief sich dabei auf USD 3.30 pro Kilo und lag damit deutlich höher als der auf lokalen Auktionen erzielte Preis von USD 2.00.

Motivierte Arbeitnehmer erleichtern die Erreichung von MDG 8. Im Bereich der Stärkung von Arbeitnehmerrechten und Schutz am Arbeitsplatz arbeitet die Schweiz mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusammen. Im Zentrum der Bemühungen stehen die Zusammenarbeit zwischen Exporteuren in Entwicklungsländern und internationalen Abnehmern einerseits und die Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren zahlreichen Zulieferbetrieben andererseits. Die Beteiligung von natio-

nen und internationalen Unternehmen wie Migros, Levis, GAP, H&M und Wal-Mart bestätigt das Interesse der Wirtschaft an solchen Initiativen und gewährleistet gleichzeitig auch deren Breitenwirkung. Ausserdem bewirkt die Zusammenarbeit der internationalen Käufer im Rahmen dieser Initiative, dass eine Verdoppelung des Lieferanten-Monitorings vermieden wird und der Fokus stattdessen mehr auf die Behebung von konkreten Problemen im Bereich der Sozialstandards gelegt wird.

Seit 2007 bietet die Schweiz den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) für alle Produkte zoll- und kontingentsfreien Zugang zu ihrem Markt. Auch andere Entwicklungsländer profitieren von der Gewährung von tiefen Zöllen (Präferenzzöllen) durch die Schweiz. Dank dieser Massnahme sollen Importe aus Entwicklungsländern attraktiver werden und die Wirtschaft in diesen Ländern unterstützt werden. So konnten die Importe aus LDCs von 2005–2009 mit einem Zuwachs von 40 % trotz Wirtschaftskrise signifikant gesteigert werden¹⁴. Dies schlug sich auch an einem erhöhten Anteil von Produkten aus Entwicklungsländern an den Gesamtimporten nieder (plus 35 %). Zudem hat die Schweiz ein *Importförderungsprogramm* SIPPO.

Schweizer Importförderungsprogramm SIPPO

Das schweizerische Importförderungsprogramm (SIPPO) richtet sich hauptsächlich an exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungsländern und unterstützt sie beim Zugang zum europäischen Markt. Das Programm umfasst Ausbildungs- und Beratungsdienstleistungen in den Bereichen Marketing, Produktgestaltung und Exportadministration. Eine externe Evaluation hat die Wirksamkeit des SIPPO-Mandates bestätigt: Mit einem Unterstützungsbeitrag von insgesamt CHF 8,5 Millionen (2006) erzielten die rund 1000 begünstigten Firmen und Personen vom Export nach Europa Mehreinnahmen im Wert von CHF 47,6 Millionen. An die Kaufkraftparität in den begünstigten Ländern angepasst bedeutet dies einen Mehrumsatz von CHF 231 Millionen. Auch bezüglich Schaffung neuer Arbeitsplätze sind die Erfolge frappant: 3800 Arbeitsplätze konnten im Jahr 2006 neu geschaffen werden. Die Evaluatoren schätzen ausserdem, dass dank den SIPPO-Aktivitäten indirekt zusätzlich ca. 23 000 Personen eine Beschäftigung erhielten.

Stärkung der Finanzsektoren

Ein stabiles und effizientes Finanzsystem ist essentiell für die Entwicklung eines Landes. Bereits vor den Krisen von 2008/2009 hatte sich die Schweiz an verschiedenen multilateralen Initiativen zur Stärkung des internationalen Finanzsystems beteiligt. Die globale

¹⁴ So konnte z. B. Senegal seine Exporte in die Schweiz um 2,5 Mio CHF (=45 % Zuwachs) steigern (Zahlen 2009 im Vergleich zu 2005). Die Zollbelastung sank für senegalesische Exporte in die Schweiz von 35 % des Warenwerts auf 0 %.

Initiative zur Stärkung und Reform des Finanzsektors (FIRST) stellt ein gutes Beispiel solcher Ansätze dar. Die Krisen haben dann einen Reformschub ausgelöst. Auf globaler und regionaler Ebene beteiligt sich die Schweiz an der Gestaltung der neuen Finanzarchitektur. Als Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken unterstützt die Schweiz die Aktivitäten dieser Institutionen zur Stärkung der Stabilität des Finanzsektors. Dazu gehört die Stärkung der Rolle des IWF in Fragen der Finanzsektorüberwachung.

Flexible Initiative zur Reform und Stärkung des Finanzsektors

In 2002 wurde die FIRST Initiative von einer Gruppe bilateraler und multilateraler Geber, darunter die Schweiz, ins Leben gerufen. FIRST (*Financial Sector Reform and Strengthening Initiative*) bietet Zuschüsse und Beratungsdienste für den Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Aufsicht und Risikoanalyse. FIRST hat soweit USD 85 Millionen mobilisiert und mehr als 300 Projekte in 80 Ländern implementiert.

Was tut die Schweiz, damit sich Entwicklungsländer besser ins globale Finanzsystem integrieren und davon profitieren können? Auf lokaler Ebene unterstützt die Schweiz die Reformen des Finanzsektors in ausgewählten Partnerländern (Tansania, Ghana, Vietnam, Peru, Aserbaidschan, Tadschikistan, Kirgistan). Institutionen wie Zentralbanken, Börsen oder Aufsichtsorgane des Finanzsystems sind dabei typische Partner. Ihnen wird bei der Verbesserung des rechtlichen und institutionellen Rahmens, sowie beim Aufbau fachlicher Kompetenzen geholfen. Wirtschaft und Finanzwesen, Währungspolitik und Umstrukturierung der Banken sind einige der Themen, welche bei der bilateralen Unterstützung eine Rolle spielen. Zur Verbesserung des regulatorischen Rahmens und der Überwachung des Finanzsektors hilft die Schweiz den Behörden von Entwicklungsländern bei der Vorbereitung von Gesetzen und bei der Einrichtung nationaler Kontrollinstitutionen.

Dem Subsidiaritätsprinzip folgend setzte die Schweiz mittels verschiedener Finanzinstrumenten ihre Marktinterventionen fort, um bei den privaten Investoren eine Hebelwirkung zu erzielen. Diese Interventionen erfolgen mehrheitlich in Form von indirekten Beteiligungen an Kapitalrisikofonds, Darlehen und Kreditlinien, die lokalen Finanzzwischenhändlern gewährt werden (Mikrofinanzbanken, Leasinginstitute und lokale Handelsbanken). Diese Massnahmen werden seit 2005 durch Sifem (*Swiss Investment Fund for Emerging Markets*) umgesetzt.

Finanzplatz Schweiz und MDG 8

Private Finanzflüsse, welche dank globalisierten Finanzmärkten Entwicklungsländern zufließen, können zur Erreichung der MDGs beitragen. Die Schweiz weist hohe Direktinvestitionen im Ausland aus. Von

den insgesamt CHF 808,6 Mia Direktinvestitionen befinden sich laut Nationalbank 15,2 % in Schwellen- und Entwicklungsländern, davon geschätzte 2 Mia. CHF in den 49 am wenigsten entwickelten Ländern. Durch solche Investitionen werden in den Zielländern Arbeitsplätze, Einkommen, Steuersubstrat generiert und damit – bei guter Regierungsführung – auch ein Beitrag zur Qualitätsverbesserung der staatlichen Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung) gemacht.

Der Abfluss von Geldern aus Entwicklungsländern kann die Eigeninvestitionen senken, damit das wirtschaftliche Wachstum bremsen, was die Armutsreduktion erschwert. Die Schweiz arbeitet mit Entwicklungsländern zusammen, um gegen die Ursachen vorzugehen. Hauptgrund für die Abflüsse sind wenig entwickelte Finanzsektoren in Schwellen- und Entwicklungsländern, und weiche Währungen gekoppelt mit mangelndem Vertrauen in die politische und makroökonomische Stabilität, die Rechtssicherheit und den Schutz des Eigentums. Wie oben aufgeführt, hilft die Schweiz auf bilateraler und multilateraler Ebene mit, die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Finanzsektor global sowie in Entwicklungsländern zu verbessern.

Ein weiterer Grund für den Vermögensabfluss aus Entwicklungsländern ist die Absicht, Gelder korrupten oder kriminellen Ursprungs zu verbergen. Der Kampf gegen Finanzkriminalität ist eine Priorität der Schweiz. In diesem Sinne finanziert unser Land seit Jahren Programme zur technischen Unterstützung mit dem Ziel, die Kapazitäten der Finanz- und Steuerbehörden zu stärken. Unser Land besitzt ein ausgebautes System zur Bekämpfung von Potentatengeldern. Ausserdem ratifizierte sie im Jahre 2009 das *Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption* (UNCAC). International arbeitet die Schweiz eng mit der *Stolen Assets Recovery Initiative* (StAR) zusammen, welche im September 2007 gemeinsam von der Weltbank und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) gegründet wurde, und gibt dem Kompetenzzentrum *International Center for Asset Recovery* (ICAR) in Basel seit seiner Gründung finanzielle Unterstützung. Basierend auf diesen Erfahrungen wurde die Schweiz Hauptinitiantin von Artikel 57 UNCAC, der die Staaten verpflichtet, unrechtmässig erworbene Vermögenswerte demjenigen Staat zurückzugeben, der Opfer des Verbrechens wurde. Schliesslich unterstützte die Schweiz als erste bestimmte *Failing States* finanziell, damit diese in der Schweiz von spezialisierten Anwältinnen und Anwälte Hilfe erhalten, um Verfahren zur Rückerstattung von Geldern durchführen zu können. Schliesslich beteiligt sich unser Land aktiv an den Arbeiten der GAFI zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit in der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

Eine zusätzliche Ursache für Vermögensabflüsse aus Entwicklungsländern ist mangelnde Kontrolle aufgrund unterentwickelter Steuerverwaltungssysteme.

Die Schweiz vertritt die Haltung, dass es nicht in unserem Interesse ist, unversteuertes Geld aus dem Ausland anzuziehen. Dabei verfügt die Schweiz gegenwärtig über Doppelbesteuerungsabkommen mit 75 Staaten. Diese Abkommen stellen ein Bindeglied zwischen den Steuerordnungen beider Vertragsstaaten dar. Abkommen mit Entwicklungsländern stützen sich generell eher auf das UNO-Musterabkommen als auf das Musterabkommen der OECD, da ersteres in Bezug auf die Zuteilung von Besteuerungsrechten vermehrt Lösungen im Interesse des Staates vorsieht, aus dem Zahlungen stammen. Betreffend die Amtshilfe im Steuerbereich umfasst die Ankündigung der Schweiz, inskünftig den OECD-Standard zu übernehmen, sowohl entwickelte als auch Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Schweiz begrüsst bei Kapitalabflüssen aus Steuergründen weitergehende globale Normen und Massnahmen zum Nutzen der Arbeitsreduktion in Entwicklungsländern.

Öffentliche Entwicklungshilfe und MDG 8

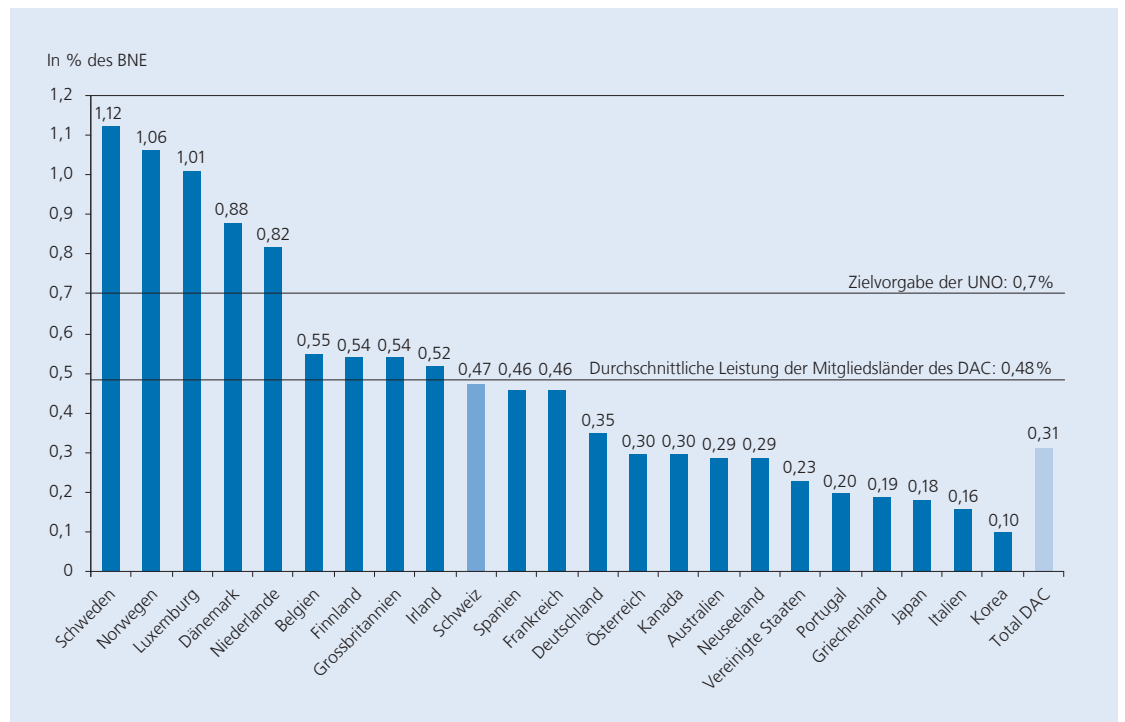
Um den Entwicklungsländern zu helfen, die Millenniumsentwicklungsziele 1–7 zu erreichen, werden die

Industriestaaten in MDG 8 aufgerufen, grosszügigere öffentliche Entwicklungshilfe zu gewähren, insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs).

Die Zahlen für 2009 zeigen, dass die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz bei 2499 Millionen Schweizer Franken lag (ca. 42 Mio. davon wurden finanziert durch Schweizer Kantone, Städte und Gemeinden). Das entspricht einem Anstieg der APD um 11,9% gegenüber dem Vorjahr und einem Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) am Bruttonationaleinkommen (BNE) von 0,47%. 2009 machte der ODA-Anteil der Schweiz im Migrationsbereich 15% der öffentlichen Entwicklungshilfe aus, was im internationalen Vergleich hoch ist. Die Entschuldungen beliefen sich auf 7% der gesamten APD. Der Bundesrat hat im Juni 2010 beschlossen, dem Parlament noch vor Ende 2010 eine Botschaft zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5% des BNE bis 2015 zu unterbreiten.

Die folgende Tabelle zeigt das Volumen der APD aller DAC Mitglieder (2009) im Vergleich:

APD im Jahr 2009 – in Prozent des BNE



Quelle: OECD, 14 April 2010
http://www.oecd.org/document/11/0,3343,en_21571361_44315115_44981579_1_1_1_1,00.html

Die netto APD sämtlicher DAC-Länder hat sich im Jahr 2009 geringfügig erhöht (+0,7%) und den Betrag von 119,6 Mia. US\$ erreicht. Die durchschnittliche APD der DAC-Länder ist auf 0,48% gestiegen und liegt damit leicht über dem Niveau des Jahres 2008. Mit einem APD Prozentsatz von 0,47% des BNE liegt die Schweiz auf dem 10. Platz der 23 DAC-Mitglieder und bei den absoluten Beträgen auf Rang 15.

Die Schweizer bilaterale Hilfe inklusive humanitäre Hilfe machte 2009 76% des Budgets aus, die multilaterale Hilfe 24%. Vom multilateralen Anteil gingen knapp 60% an die Weltbank und drei regionale Entwicklungsbanken, rund ein Drittel an UNO-Organisationen und der Rest an diverse internationale Organisationen, mehrheitlich Forschungsanstalten. In den vergangenen Jahren floss rund ein Viertel der öffent-

lichen Entwicklungshilfe der Schweiz (0,11% des BNE) an die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Darin sind die Beiträge der Schweiz an multilaterale Organisationen enthalten, welche den LDCs zu gute kommen.

Schuldenerlass und MDG 8

1991 schuf die Schweiz anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ein umfassendes bilaterales Entschuldungsprogramm, damals eines der weltweit ersten dieser Art. Bis heute hat das Programm Schulden hochverschuldeter armer Länder gegenüber unserem Land in der Höhe von insgesamt 2 Milliarden Franken getilgt.

In den neunziger Jahren wurden die rein bilateralen Entschuldungen zunehmend durch international koordinierte Massnahmen abgelöst, welche bis heute andauern. 1996 hatten der Internationale Währungsfond und die Weltbank die *Initiative für hochverschuldete arme Länder* (HIPC) lanciert. Nebst der Unterstützung für HIPC leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag zur *Multilateralen Entschuldungsinitiative* (MDRI) von IWF und Weltbank, welche 2005 gegründet wurde mit dem Ziel den bisherigen Schuldenerlass auszuweiten, um zusätzliche Mittel für die Erreichung der MDGs bereitzustellen. Bis heute haben 26 der 40 berechtigten Länder ganz und 9 teilweise vom unwiderruflichen Schuldenerlass durch HIPC und MDRI profitiert, in der Höhe von rund 103 Milliarden US Dollar. Die erreichte Schuldenentlastung leistet einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsreduktion. So hat sich die durchschnittliche Zinslast in den entschuldeten Ländern von mehr als 3% des BIP im Jahr 2001 auf rund 1% im Jahr 2008 verringert. Diese Reduktion ging einher mit einem beträchtlichen Anstieg armutsmindernder Ausgaben, zum Beispiel im Gesundheitsbereich.

Das Entschuldungsprogramm der Schweiz geht über die einfache Streichung von Schulden hinaus. Die Schuldenlast eines Entwicklungslandes soll nach der Entschuldung auf einem tragfähigen Niveau bleiben. Im Zentrum steht die Stärkung des Schuldenmanagements mit entsprechender technischer Hilfe, wie zum Beispiel durch die Unterstützung für das *Programm Schuldenverwaltung und Finanzanalyse der Uno Organisation für Handel und Entwicklung* (UNCTAD). Gegenwärtig sind 56 Länder aktive Benutzer des Programms. Zudem war die Schweiz zusammen mit anderen Gebern massgeblich an der Gründung der *Debt Management Fazilität* (DMF) der Weltbank beteiligt. Dieses Programm unterstützt Entwicklungsländer bei der Überprüfung der Qualität des Schuldenmanagements und bei der Ausarbeitung von umfassenden Strategien zur Kapitalbeschaffung und aktiven Bewirtschaftung ihres Schuldenportfolios. Seit Beginn des Programms im Jahr 2009 haben bereits 16 Länder die Unterstützung durch DMF in Anspruch genommen.

Schuldenerlass (in Mio. CHF)	1991–2009
Kumulativer bilateraler Schuldenerlass	1417,6
Schweizer Beiträge zur multilateralen Schuldenerleichterung	562,4
Schweizer Beiträge zum Rückkauf von Bankschulden	95,1
Ergänzende Massnahmen	70

Das bilaterale Entschuldungsprogramm der Schweiz geht auch in Zukunft weiter. Obschon weder der genaue Zeitpunkt noch die effektive Höhe der einzelnen Entschuldungen fest steht, geht die Schweiz davon aus, bis zum Jahr 2015 weitere Schulden im Umfang von rund 300 Millionen (Nominalwert) zu erlassen. Der Schuldenerlass betrifft die Zentralafrikanische Republik, die Republik Kongo, Liberia, die Elfenbeinküste, Togo und Sudan. Dieser bilaterale Schuldenerlass kann zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit dazugerechnet werden, er ist aber nicht ausgabenwirksam. Auch die *Multilaterale Entschuldungsinitiative* (MDRI) läuft bis 2015 weiter. Nach 2015 wird eine neue Verpflichtungsrunde folgen, an der sich u. a. auch die Schweiz beteiligen wird.

Zugang zu Arzneimitteln

Viele notwendige Heilmittel sind den Armen in Entwicklungsländern nicht zugänglich, weil sie zu teuer sind. Die Schweiz betrachtet den Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln als Teil des globalen Ansatzes, das Gesundheitswesen in Entwicklungsländern zu stärken und den Zugang zu elementarer Gesundheitsversorgung zu erleichtern. Als Land mit einer bedeutenden und hoch entwickelten pharmazeutischen Industrie hat die Schweiz als eines der ersten Länder den WTO-Beschluss vom 30. August 2003 über den erleichterten Zugang zu preiswerten Medikamenten für Entwicklungsländer umgesetzt. Das neue Schweizer Patentgesetz von 2008 bietet die Möglichkeit, auf Anfrage eines WTO-Mitgliedslandes und unter Einhaltung klar definierter Voraussetzungen, eine Zwangslizenz für die Herstellung und Ausfuhr von patentierten pharmazeutischen Produkten in Länder mit ungenügenden oder fehlenden pharmazeutischen Produktionskapazitäten zu erteilen.

Die Schweiz hatte sich intensiv im Prozess engagiert, welcher im Mai 2008 zur Annahme der globalen Strategie und des Aktionsplans der WHO für öffentliche Gesundheit, Innovation und geistiges Eigentum (GSPA) führte. Der Aktionsplan strebt die Verbesserung der Forschung, Entwicklung und des Zugangs zu Medikamenten für Krankheiten an, welche überwiegend Entwicklungsländer betreffen, wie HIV/ Aids, Malaria und Tuberkulose, aber auch lymphatische Filariose, Drakunkulose und Lepra. Die Schweiz engagiert sich heute für die zielstrebige Umsetzung des Aktionsplans auf internationaler und nationaler Ebene.

Rückgang der Malariafälle dank einer innovativen öffentlich-privaten Partnerschaft

2009 führten die Stiftung Medicines for Malaria Venture (MMV) mit Sitz in der Schweiz und Novartis Coartem® Dispersible ein, die erste kinderfreundliche Formulierung eines ACT-Präparats (auf Artemisinin Basis). Es eignet sich speziell für die Behandlung von leichten Malariaerkrankungen bei Kleinkindern und Kindern. Dank der innovativen öffentlich-privaten Partnerschaft wird Coartem® Dispersible dem öffentlichen Sektor in Entwicklungsländern zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt, gemeinsam mit weiteren neuen und verbesserten Behandlungsmethoden. Die einfache Einnahme dieses Medikaments stellt einen grossen Fortschritt dar in der Malariabehandlung von verwundbaren Zielgruppen wie Kindern unter fünf Jahren und arme Bevölkerungsgruppen in ländlichen Gebieten.

Informations und Kommunikationstechnologien

Ein Haupthindernis für das Erreichen dieses MDGs ist der fehlende Zugang armer und marginaler Gruppen, namentlich in ländlichen Gebieten, zu Informationen und Wissen zur rechten Zeit. Dass die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ein grosses Potenzial aufweisen, um den rechtzeitigen Zugang zu Informationen und Wissen sicherzustellen sowie Empowerment, Opportunitäten und Sicherheit zu erhöhen, beweisen die auf der ganzen Welt gesammelten Erfahrungen und Lessons Learned (z.B. mit interaktiven Kommunalradios, Mobiltelefonen, Wissenszentren in den Dörfern, Computern). Die Schweiz betrachtet die IKT als ein nützliches Instrument zur Verfolgung thematischer Ziele zur Armutsverringerung und zur Erhöhung der Wirksamkeit in Bereichen wie ländliche Entwicklung, Ernährungssicherheit, Klimawandel, Gesundheit, Bildung und partizipative Gouvernanz. In diesem Sinn sind die IKT in zahlreichen Projekten der Schweiz ein fester Bestandteil. Das *International Institute for Communication and Development* (IICD) – die Schweiz gehört zu den zwei wichtigsten Gründungsmitgliedern – unterstützt beispielsweise die Einführung von Telemedizin und E-Gesundheit in Tansania mit dem Ziel, den Zugang zu den Gesundheitsdiensten zu verbessern. Dabei geht die Schweiz von einem IKT-Ansatz aus, der mehr als nur Infrastruktur und Technologie umfasst. Sie konzentriert sich namentlich auf einen Ansatz, der den Menschen ins Zentrum rückt und folgende Aspekte umfasst: armutsorientiertes Politikumfeld, Erstellung von Inhalten («content creation»), partizipative Ansätze, kulturelle Aspekte bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie, ökologische Anliegen wie elektronischer Abfall.

Höhere Einkommen von Bauern in Tansania dank einem besseren Zugang zu Marktinformationen

Kleinbauern müssen rechtzeitig Zugang zu Marktinformationen haben, um für ihre Produkte den besten Preis zu erhalten. Die Schweiz unterstützt das im Mai 2005 in Tansania lancierte First Mile-Projekt des Internationalen landwirtschaftlichen Agrarfonds (IFAD). Im Rahmen dieses Projekts erhalten lokale Verbindungsbeamte Mobiltelefone und Computer, die es ihnen ermöglichen, die für die Bauern relevanten Informationen herunterzuladen und diese auf öffentlichen Tafeln den Bauern zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse fallen positiv aus: Die Bauern haben dank diesen Informationen einen besseren Zugang zum Markt, sie konnten ihre Produktion und ihre Einnahmen steigern. Mit einer Investition von 200 000 US-Dollar nahmen die Einnahmen um 1,8 Millionen US-Dollar zu, ausserdem stiegen die Preise für gewisse Produkte um bis zu 50%.

Empowerment der ländlichen Bevölkerung in Indien

Die Schweiz unterstützt in Indien eine breit angelegte Initiative der MS Swaminathan Research Foundation. Ziel ist es, die Kenntnisse der armen ländlichen Bevölkerung auf Gebieten wie Gesundheit, staatliche Regelungen, Schulwesen, Wetter usw. zu erhöhen. Zu diesem Zweck hat das Programm ländliche Wissenszentren eingerichtet, die über Internetzugang verfügen und mit ausgebildeten Content Managern zusammenarbeiten. Bis 2012 sollen 240 000 Wissenszentren mit dem World Wide Web verknüpft sein und den Zugang zu Informationen sicherstellen.

Die Schweiz engagiert sich auch auf internationaler Ebene. 2003 war sie Gastland der ersten Phase des UNO-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS), der in Genf stattfand. Seither spielt sie eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Gipfelergebnisse und unterstützt die UNO-Institutionen, die in diesem Prozess eine Schlüsselrolle innehaben. Seit 2006 unterstützt die Schweiz die UNO-Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienst der Entwicklung (*Commission on Science and Technology for Development*, CSTD) und die Internationale Fernmeldeunion (ITU). Das *International Programme for the Development of Communication* (IPDC), ein Förderprogramm der UNESCO, unterstützt jährlich rund 100 Projekte in den Bereichen Medienentwicklung, IKT-gestützte Kommunalradios und Themen wie Meinungs- und Redefreiheit. Ausserdem beteiligt sich die Schweiz am *Internet Governance Forum* (IGF) der

Vereinten Nationen, einer globalen Internetplattform, an der unterschiedlichste Akteure über Regeln im Zusammenhang mit der Nutzung und Verwaltung des Internets diskutieren. 2008 unterstützte die Schweiz die 3. *Global Knowledge Conference* (GK3) in Malaysia, an der über 1700 Visionäre, Fachleute und politische Entscheidungsträger zusammenkamen, um über die Entwicklung und die menschliche Dimension der IKT zu diskutieren.

Schweiz stehen in den kommenden fünf Jahren weiterhin folgende Bereiche im Zentrum ihrer Bemühungen zur verstärkten Anteilnahme der Entwicklungsländer am Welthandel: Handelsfördernde Rahmenbedingungen, Internationale Wettbewerbsfähigkeit für Entwicklungsländer, Verbesserung ihres Marktzugangs, verbesserten Patentschutz für Entwicklungsländer, engere Partnerschaften mit dem Schweizer Privatsektor zur Erreichung der MDGs.

Die Weltgemeinschaft in Nord und Süd ist noch weit von der Erreichung von MDG 8 entfernt. Für die

Frieden, Sicherheit, und Menschenrechte als Voraussetzungen zur Erreichung der MDGs

Friedensbildung, Krisenprävention und -Management

Die Beendigung bewaffneter Konflikte und eine Situation, in der menschliche Sicherheit gewährleistet ist, sind eine Voraussetzung für die Entwicklung und die Verwirklichung der MDGs. Jedes Jahr sterben rund 750 000 Personen wegen bewaffneter Gewalt. Davon betroffen sind alle Gesellschaften und alle Länder, nicht nur jene, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden. Mit ihren Aktivitäten im Bereich Mediation und ziviles und militärisches Konfliktmanagement trägt die Schweiz zur Regelung von internationalen Problemen mittels eines ganzheitlichen Ansatzes zur Lösung von Konflikten bei. In den heute viel häufigeren internen Gewaltkonflikten wird von der Schweiz durch angepasste Vermittlungen zu Gesprächsbereitschaft und Verhandlungs-Unterstützung beigetragen, um Spannungen abzubauen und den Raum für Entwicklungsprojekte und allenfalls Nothilfe zu erhalten. Gleichzeitig gestaltet man im Feld die Schweizer Programme bewusst konflikt-sensitiv, damit man die Bevölkerung trotz der schwierigen fragilen Zustände weiterhin mit armutsbekämpfenden Landwirtschafts-, Gesundheits-, Bildungs- und Infrastrukturprojekten usw. unterstützen kann. In der Nachkriegsphase setzt die Schweiz im Wiederaufbau Schwerpunkte bei der – von der einheimischen Bevölkerung gesteuerten – Erneuerung von Infrastrukturen (Häuser, Schulen etc), aber auch beim Wiederaufbau des Staates, bei Wahlen, bei Verfassungs- und Sicherheitsreformen, Versöhnungsprozessen, Entminung usw.

Das Ziel z. B. des sicherheitspolitischen Capacity Building, also dem Aufbau und der Stärkung von landeseigenen Institutionen und Kapazitäten, besteht darin, in den besagten Ländern stabile, rechtstaatliche Strukturen und Institutionen im Sicherheitssektor zu schaffen. Die betreffenden Länder sollen dadurch befähigt werden, selbständig den sicherheitspolitischen Herausforderungen in einer globalisierten, interdependenten Welt begegnen zu können und somit auch zu einer regionalen wie internationalen Sicherheit beizutragen.

Dabei arbeiten allgemein auch die betroffenen Akteure des Bundes, namentlich die humanitäre Hilfe, die Regionale Zusammenarbeit der DEZA, die Politische Direktion und die Direktion für Völkerrecht und die Schweizer Armee, immer mehr zusammen. Diese Zusammenarbeit konnte in jüngster Zeit – nicht zuletzt aufgrund der vermehrten Bemühungen, Duplizierung

gen durch Schaffung von Synergien zu vermeiden – intensiviert werden.

Der 3C-Approach (*Coherent, Co-ordinated, Complementary*), ein von der Schweiz auch multilateral propagiertes Tool zur effizienten Umsetzung des «*Whole of Government*» (national) und «*Whole of System*» (intergovernmental) Konzeptes, gilt als Richtschnur für eine pragmatische und vorurteilsfreie Zusammenarbeit, die sich durch Effektivität am Ziel auszeichnen soll. Die 3C-Konferenz stellt einen Schritt in Richtung des Langfristziels dar, die Armut in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten zu reduzieren. An der von der Schweiz gemeinsam mit den Vereinten Nationen, der Weltbank, der OECD und der NATO im März 2009 organisierten Konferenz fanden sich rund 300 Teilnehmende aus 40 Partner und Geberländern sowie internationalen Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft ein. Ein wichtiges Ergebnis dieser Konferenz ist die sogenannte «3C-Roadmap». Sie soll dazu beitragen, Initiativen zu konsolidieren, deren Umsetzung voranzutreiben und die Bedeutung von Rechenschaftsmechanismen und gemeinsamen Monitoringaktivitäten zu stärken.

Die Schweiz und das UNDP organisierten 2006 eine Ministerkonferenz, die zur Verabschiedung der Genfer Erklärung über bewaffnete Gewalt und Entwicklung (*Geneva Declaration on Armed Violence and Development*) führte. Als weiterreichende Massnahme genehmigte die UNO-Generalversammlung im November 2008 die Resolution «Promoting Development through the Reduction and Prevention of Armed Violence». Im August 2009 folgte dann die Veröffentlichung des Berichts des UNO-Generalsekretärs über bewaffnete Gewalt und Entwicklung. Parallel dazu und mit Schweizer Unterstützung erstellte das Forschungsprojekt *Small Arms Survey* 2008 einen Bericht unter dem Titel «Global Burden of Armed Violence». Darin werden die Gesamtkosten von bewaffneter Gewalt auf der ganzen Welt zwischen 95 und 165 Millionen US-Dollar jährlich geschätzt. Diese Zahlen liefern schlüssige Beweise dafür, dass sich bewaffnete Gewalt äusserst negativ auf die Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft, die MDGs zu erreichen, auswirkt. Diese Ergebnisse sind ein wichtiger Schritt, um langfristig die bewaffnete Gewalt zu senken. Gleichzeitig nähren sie die Diskussionen über die Art und Weise, wie die Rahmenbedingungen für die Erreichung der MDGs verbessert werden können.

Unterzeichnung eines Friedensabkommens und Integration der Maoisten ins politische System Nepals

Die Schweiz und Nepal können auf eine 50-jährige von Vertrauen geprägte Partnerschaft zurückblicken. Nicht zuletzt dank den Vermittlungsdiensten der Schweiz führten 2006 die Diskussionen unter den verschiedenen nepalesischen Akteuren zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens und zur Integration der Maoisten ins politische System. Die Schweiz setzt ihr Engagement in Nepal fort. Beispielsweise stellt sie Fachwissen zur Verfügung, was die Ausarbeitung der neuen Verfassung angeht, unterstützt fachlich die Diskussionen über die Umstrukturierung des nepalesischen Staates, die Debatten über Föderalismus und die Wiedereingliederung der Maoisten in die nepalesische Armee. Die Schweiz beteiligt sich mit anderen Gebern am Peace Trust Fund der nepalesischen Regierung, der z. B. den vom Konflikt betroffenen Menschen bei der Wiedereingliederung hilft und Unterkünfte bereitstellt. Die Schweiz trägt auch zur Vergangenheitsaufarbeitung (Dealing with the past/transitional justice) bei. Nepal hat den Konflikt aber noch nicht hinter sich. Spannungen unter den grössten politischen Parteien bedrohen gegenwärtig eine demokratische Lösung, einen nachhaltigen Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung. Diese aktuelle Auseinandersetzung kann als Teil des Prozesses nach dem Friedensabkommen gesehen werden. Die Gesetzgebung ist in Nepal allerdings noch so schwach, dass sich die Leute mit Gewalt Gehör zu verschaffen suchen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Der Einbezug von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Minderheiten trägt dazu bei, die sozialen Aspekte des Konflikts anzusprechen.

Menschenrechte, Demokratie

Die Menschenrechte, einschliesslich wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, für die sich die Schweiz auf multilateraler und bilateraler Ebene einsetzt, sowie die zivilen und politischen Rechte sind unerlässlich für die Umsetzung der Millenniumsziele. Die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, Trinkwasser und Gesundheit (Beispiele sind in den vorangehenden Kapiteln zu finden) steht für ein Engagement, das sich an den Bedürfnissen der am stärksten Benachteiligten orientiert und nachhaltig und wirksam die Armut verringern kann. Die jüngsten Nahrungsmittel- und Finanzkrisen, die viele Menschen in eine Notsituation versetzten, haben die Notwendigkeit eines noch intensiveren Engagements für diese Rechte deutlich gemacht.

Für die schweizerische internationale Zusammenarbeit stellt das internationale Menschenrechtsregelwerk eine Referenz dar, wenn es um Politikdialog oder den interkulturellen Dialog in einem Partnerland geht. Menschenrechte haben östliche und westliche Wurzeln. Die Schweiz betrachtet Menschenrechte als universelle und als von allen Mitgliederländern der

Vereinten Nationen implizit anerkannte Rechte. Gleichzeitig wissen wir, dass sich die verschiedenen Länder dieser Welt in unterschiedlicher Geschwindigkeit der uneingeschränkten Respektierung der Menschenrechte annähern.

In Südafrika, Nepal, Bolivien und Afghanistan unterstützt die Schweiz nationale staatliche und nicht-staatliche Menschenrechtsinstitutionen. Diese Institutionen kämpfen gegen Diskriminierung und befähigen verwundbare Gruppen, indem sie sie über ihre Rechte informieren und ihnen Wege aufzeigen, wie sie diese einfordern können, indem sie an Regierungen und Parlamente appellieren, den gesetzlichen Rahmen und den Zugang zum Justizsystem im Fall von Rechtsverletzungen zu verbessern. Dank gemeinsamen Interventionen von afghanischen Menschenrechtsinstitutionen und der internationalen Gemeinschaft, einschliesslich der Schweiz, wurden die am stärksten kritisierten Artikel des sogenannten Shia-Gesetzes, die die Frauen der Shia-Minderheit des Landes (15 %) im Vergleich zu Frauen anderer religiöser Gruppen benachteiligten, revidiert.

Mehr Gerechtigkeit in Afghanistan

Die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) setzt sich für die Förderung, den Schutz und die Überwachung der Menschenrechte ein. Dank der Unterstützung durch die Schweiz wurden bis Ende 2009 17 200 Menschen für allgemeine und spezifische Menschenrechtsanliegen – Menschenrechte von Frauen, Rechte von Kindern und Behinderten – sensibilisiert. Zwischen 2006 und 2008 untersuchte die AIHRC jährlich durchschnittlich 1000 Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen. 2008 konnten über 50 % dieser Fälle gelöst werden. Ausserdem erhielten rund 700 Frauen Rechtsberatung. Die erst jüngst durchgeführten Monitoringaktivitäten, z. B. in Bezug auf Gewaltanwendung gegen Frauen in Frauengefängnissen, haben gezeigt, dass sich die Lebensbedingungen und die Behandlung der Gefangenen in 60 % der Gefängnisse, Haftanstalten und Jugenderziehungsanstalten verbessert haben.

Nach Artikel 21 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* «hat jeder das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken». Wahlen sind ein wesentliches Element eines demokratischen Systems; sie geben den Menschen die Möglichkeit, Vertreter zu wählen, die sich für bessere materielle und rechtliche Bedingungen aller Mitglieder der Gesellschaft einsetzen, folglich auch für die Verwirklichung der MDGs. Während der letzten Jahre hat die Schweiz gemeinsam mit anderen bilateralen Gebern und den Vereinten Nationen demokratische Wahlen in Ländern wie Mosambik, Bolivien, El Salvador, Peru, Afghanistan, Moldawien, Mazedonien und Bangladesh unterstützt. Massnahmen wie die Erstellung und Aktualisierung von Wahlregistern, die

Verbreitung von Wahlinformationen, Weiterbildung in Staatskunde sowie die Entsendung von Wahlbeobachtern ermöglichten eine wirksame Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen am Wahlprozess, einschliesslich marginalisierte Gruppen. Sie konnten jedoch nicht in jedem Fall einen Wahlbetrug vermeiden, was

die Wahlen in Afghanistan im Jahr 2009 gezeigt haben. Bei den Präsidentschaftswahlen in Bolivien im Jahr 2005 kam jedoch zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein Präsident mit indigener Herkunft an die Macht und versprach, die Armut zu reduzieren und gegen die Korruption vorzugehen.

Beiträge von Schweizer Partnern an die MDGs

Zivilgesellschaft und MDGs

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft, hier verstanden als die Gesamtheit der Kollektive und Institutionen, die weder der staatlichen Sphäre zugeordnet werden können, noch als private Teilnehmer an Märkten agieren, hat in den letzten 10 Jahren stark zugenommen. Insbesondere NGO, internationale wie auch lokale, leisten wichtige Beiträge an MDG 1–7 in Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie stützen sich dabei auf ihre Kernstärken wie gründliche Kenntnisse der Bedürfnisse der Armen, Innovationskraft und hohe Immunität gegenüber Korruption und Misswirtschaft. Auch bei MDG 8 spielen sie eine wichtige Rolle, indem sie die Regierungen der Industrieländer dazu anhalten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Dabei geht es insbesondere um den Umfang der Entwicklungszusammenarbeit, um Handels- und Finanzfragen sowie Entschuldung. Die Zivilgesellschaft ist auch zunehmend in der Lage, durch Informationsbeschaffung, Mitsprache und Kontrolle die Regierungsführung, sowie die Transparenz und Effizienz öffentlicher Haushalte in Entwicklungs- und Schwellenländern positiv zu beeinflussen. Daneben üben viele der international tätigen NGO auch einen Einfluss aus auf das soziale und ökologisch korrekte Verhalten globalisierter Unternehmen. Dabei steht ihnen eine pragmatische Mischung von Instrumenten zur Verfügung, von Kampagnen und Konfrontation bis zu Zusammenarbeit und Partnerschaften.

Aufgrund ihrer Nähe zu den Begünstigten stehen NGO für «Empowerment und Partizipation» der Armen und Marginalisierten schlechthin. Ihre praktische Erfahrung erlaubt ihnen aber auch, in allen durch die MDG reflektierten Problemstellungen und darüber hinaus, den Politikdialog zu beeinflussen, zu gestalten und zu führen.

Der verstärkte Einfluss der Zivilgesellschaft gilt für alle Weltregionen: die Zivilgesellschaft ist fähig, durch ihre bottom-up Tätigkeiten wichtige strukturelle und kulturelle Veränderungen zu erreichen. Dies gilt insbesondere auch für MDG 3, die Stärkung der Frauen, ihre Integration in Arbeitsprozesse, die Anerkennung ihrer Rolle als Stütze der Familie und ihr Empowerment in Gesellschaften generell. Solche Veränderungen wären für Geberländer schwieriger zu erreichen, wären sie bei der Implementation von Programmen und Projekten auf die ausschliessliche Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen verpflichtet.

Hunderte Schweizerischer Hilfswerke und NGO engagieren sich in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie generieren auch in Krisenjahren erhebliche private Mittel für ihre Programme und Projekte. Sie schlagen so die Brücke zwischen Teilen der Schweizer Bevölkerung und den Armen in Entwicklungsländern und tragen zur Sensibilisierung bei für die Anliegen der EZA und für die grossen globalen Problemstellungen.

Private Mittel der Schweizerischen NGO 1980–2008

	1980	1990	2000	2005	2006	2007	2008
Private Spenden der NGO (mio CHF)	106,6	148,6	272,0	413,6	507,5	424,7	436,3
Private Spenden der NGO in % des BNE	0,06 %	0,05 %	0,06 %	0,08 %	0,10 %	0,08 %	0,09 %

Quelle: DEZA Statistik Datenbank

Auch für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz sind die Schweizerischen NGO als Wissens- und Erfahrungsträger wichtige Akteure und Partner. Dies beruht auf ihrer thematisch- und methodischen Fachkenntnis, auf herausragenden Kontextkenntnissen, auf ihren operationellen Kapazitäten und ihren Netzwerken. Als Partner der Schweiz erhalten diese NGO einerseits Beiträge an ihre eigenen Programme, andererseits implementieren sie im Mandatsverhältnis Programme der Schweiz in den Partnerländern. Die Komplementarität der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit mit den Strategien und thematischen Ausrichtungen der Schweizerischen NGO ist eine der grossen Stärken der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit.

Im Jahr 2009 transferierte die DEZA rund 200 Mio. CHF (21% des bilateralen Budgets der DEZA) an Schweizer NGOs. Diese Mittel wurden entweder als genereller Programmbeitrag oder für spezifische Mandate für Entwicklungsprojekte oder Humanitäre Hilfe geleistet.

Die Schweizer NGO arbeiten vor Ort mit basisnahen Partnern und haben Zugang zum breiten Spektrum gesellschaftlicher Interessensgruppen und zu staatlichen Stellen. Sie verfügen damit über vielseitige

Handlungsmöglichkeiten, die eine wichtige Ergänzung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit bilden. Die NGO stärken die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Kräfte, an der Ausarbeitung von Armutsreduktionsstrategien teilzunehmen und zur Umsetzung dieser Strategien beizutragen. NGO sind auch «matchentscheidend» darin, besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Stimme zu geben und sie zu befähigen, an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen und als Wirtschaftssubjekte und Marktteilnehmer zu prosperieren.

Biobaumwolle ist gesund und verbessert das Einkommen

Seit 2002 unterstützt die private Entwicklungsorganisation Helvetas mit Unterstützung der Schweiz den biologischen Anbau und fairen Handel von Baumwolle in Westafrika. Ausgehend von der steigenden Nachfrage in Europa nach gerecht gehandelten Bio-Produkten wurden Wertschöpfungsketten aufgebaut, die vom Baumwollfeld in Afrika bis zum Verkaufsladen in der Schweiz und den USA reichen. Die Projekte verbinden und unterstützen die unterschiedlichen Akteure – die afrikanischen Kleinbauern, die Baumwoll-Verarbeiter und -Händler sowie die Verteiler in Europa und Nordamerika. Heute profitieren mehr als 10 000 Bauernfamilien in Westafrika von tieferen Produktionskosten und höheren Preisen der zertifizierten Biobaumwolle. Eine Wirkungsstudie der Universität Bern in Burkina Faso hat gezeigt, dass die biologisch wirtschaftenden Bauern ihr Einkommen um 30 % erhöhen konnten. Zudem verbesserte sich ihre Gesundheit und Ernährung und erhöhte sich die Bodenfruchtbarkeit ihrer Felder.

Alle NGO Programme haben einen starken Fokus auf die Armutsbekämpfung und leisten entsprechend der jeweiligen Kernkompetenzen der Organisationen Beiträge an die verschiedenen MDG Bereiche. Die Basisnähe von NGO Programmen ermöglicht direkte Verbesserungen in den Lebensbedingungen von Gemeinschaften und eine Stärkung lokaler Strukturen. Zu den Aktivitäten Schweizer NGOs gehören: Verbesserungen im Zugang zu und in der Qualität der Grundschul- und Berufsausbildung, sowie der Gesundheitsversorgung; Sicherung der Wasserversorgung; Förderung nachhaltiger Boden- und Waldbewirtschaftung, Eindämmung von Erosion und Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit; Verbesserung von Produktionsmethoden; Stärkung des Handlungsspielraums von Gemeinschaften und Individuen (Konsolidierung von Bauernorganisationen; Entschuldung; Schaffung von Spar- und Kreditgruppen); Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung von Frauen und Mädchen; Bewahrung von lokalem Saatgut; Sicherung von Landrechten; Sicherung von Arbeitsrechten; Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Kampf gegen missbräuchliche Kinderarbeit.

Senegal – für Nahrungssicherheit und gegen die Verschuldung

«Die Menschen verlieren erst ihr Feld, dann ihr Haus und schliesslich ihre Würde» sagt Souleyman Bassoum. Er ist Koordinator des Fastenopfer-Programms im Senegal. Das gemeinsame Ziel seit 2005: die Nahrungssicherheit stärken und die Verschuldung vermindern. Dafür haben Gemeinschaften in 306 Dörfern 272 Solidaritätskassen gegründet, auf 264 Gemeinschaftsfeldern Hirse, Früchte und Gemüse angebaut. Über 100 t Hirse, 15 t Bissap (Hibiskusblüten für Tee) und fast 400 kg Gemüse und Früchte konnten sie tauschen. 167 Gruppen haben sich zudem Regeln auferlegt, um ihre Ausgaben für Hochzeiten und Beerdigungen einzuschränken. Die Wirkung ist vielfach: Das Geld in den Solidaritätskassen ermöglicht punktuell Hilfe für die Dorfärmsten. Diese Art von Sicherheitsnetz für Bedürftige hilft Konflikte und weitere Verschuldung zu verringern. Den Familien war es dank den Feldern und Kassen, in Kombination mit anderen Strategien, möglich, die «Soudure» zu verkürzen. Die Zeit, in der die Vorräte bereits verbraucht sind, die neue Ernte aber noch nicht eingebracht ist, konnte von 6 auf unter 3 Monate reduziert werden.

Privatwirtschaft und MDGs

Der wichtigste Beitrag der Privatwirtschaft ist die Schaffung von Arbeitsplätzen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Per Ende 2008 beschäftigten Schweizer Direktinvestoren in Tochtergesellschaften im Ausland 2 444 000 Personen, davon 100 000 in Afrika und 250 000 in Lateinamerika. Schweizer Unternehmen beziehen zudem als Handelspartner auch einen beträchtlichen Teil der Waren und Dienstleistungen aus Schwellen- und Entwicklungsländern, wodurch wiederum lokale Produzentenmärkte entstehen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Übernehmen von Verantwortung und eine gute Unternehmensführung (z. B. durch die Anerkennung von Menschenrechten, Umwelt- und Finanzstandards) durch die beteiligten Unternehmen sind zentrale Punkte, welche zur Erreichung der MDGs beitragen.

Wirtschaftliches Wachstum unterstützt durch Direktinvestitionen führt allerdings nicht automatisch zu einer armutsmindernden, nachhaltigen Entwicklung. Der Staat muss dafür sorgen, dass möglichst alle Schichten der Gesellschaft und möglichst alle Regionen des Entwicklungslandes vom Wirtschaftswachstum profitieren können. Dies ist heute besonders wichtig bei der Verwendung der Erträge aus Konzessionen für die Rohstoff-Gewinnung (Extractive Industries), wie Kohle, Öl, Gas, Metalle. Daraus finanzierte Infrastruktur darf nicht nur den Interessen der Rohstofffirmen dienen, sondern muss allen Bürgern und Bürgerinnen des Entwicklungslandes zugute kommen. Manche globalen Konzerne tragen freiwillig

lig hierzu bei, dies insbesondere als Mitglieder und bei der Umsetzung der globalen multistakeholder Initiative EITI (*Extractive Industries Transparency Initiative*) und im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen wie dem *World Business Council for Sustainable Development* (WBCSD), getragen von wichtigen Schweizer Unternehmen, mit positiven Auswirkungen auf die MDGs.

Investitionen für Arme des Finanzsektors

Seit einigen Jahren kooperiert die Schweiz auf Projektbasis mit der responsAbility Social Investment Services, einer private Beratungsfirma mit Sitz in Zürich, welche sich auf Investitionen in Entwicklungsländern mit besonderem sozialem Nutzen spezialisiert hat. Social Investments sind Anlagen, die neben üblichen Anlageeigenschaften eine zusätzliche Wirkungsdimension aufweisen: die soziale Rendite. Das bedeutet, dass diese Investitionen nicht nur rentabel, sondern die Entwicklung fördern. Der Schwerpunkt der Projekte von responsAbility liegt dabei auf der Mikrofinanz, der KMU-Finanzierung, dem fairen Handel und der Förderung unabhängiger Medien.

Schweizer Unternehmen schufen teils im Alleingang, teils in Zusammenarbeit mit der Schweizer Zivilgesellschaft und dem Bund (SECO und DEZA), neue Geschäftsmodelle für den Einbezug der Armen als Produzenten, Händler, Verteilern und Konsumenten. Seit dem Jahr 2000 haben Märkte und Geschäftsmodelle, die auch für die Armen funktionieren, an Bedeutung gewonnen und sind integraler Teil mancher Unternehmensstrategien geworden.

Prinzip der gemeinsamen Wertschöpfung

Die Arbeit von Nestlé mit Kleinbauern in Entwicklungs- und Schwellenländern beinhaltet zum Beispiel die Aus- und Weiterbildung der Bauern auf bereitgestellten Musterhöfen, sowie Beratung in tiermedizinischen oder technischen Fragen. Dies führt zur Verbesserung der Fähigkeit dieser Bauern, Produkte von konstant guter Qualität in gleich bleibenden Mengen zu liefern. Dies ist im Interesse von Nestlé und der Qualität der Endprodukte, aber auch im Interesse der Bauern, die mit konstant guten Preisen rechnen können. Nestlé ist nach eigenen Angaben im direkten Kontakt mit etwa 540 000 solcher Bauern.

Die Schweiz begann vor rund 10 Jahren, Partnerschaften mit Unternehmen zu knüpfen, um Ressourcen und Kompetenzen des Privatsektors für die Erreichung von Entwicklungszielen wie den MDGs zu nutzen. Dabei wurden Tätigkeiten möglichst nahe am Kerngeschäft der Unternehmen gesucht und Win-Win-Situationen kreiert, welche Unternehmensinteressen mit Entwicklungsinteressen vereinen.

Versicherungen für Arme

Eine Partnerschaft der DEZA mit Zürich Financial Services und der ILO hat ab 2007 zur Entwicklung von Mikroversicherungsmodellen für Arme als Versicherungsnehmer und Agenten geführt. Die Integration der Armen in einen Versicherungsmarkt kombiniert die unternehmerischen Interessen von Zürich Financial Services mit Entwicklungsinteressen. Die Schweiz als öffentlicher Partner in dieser «Public Private Development Partnership» hat überdies vertraglich sicher gestellt, dass die Ergebnisse des Pilotprojekts veröffentlicht werden, damit nicht bloss ein einzelnes Unternehmen profitiert, sondern eine Mikroversicherungsindustrie entstehen kann.

Die meisten globalen Konzerne mit Standort Schweiz nehmen ihre unternehmerische Gesellschaftsverantwortung ernst. Dies zeigt ihre Mitgliedschaft bei CSR Organisationen und ihre aktive Beteiligung am UN Global Compact. Wie Konzerne anderer Länder haben sie in den vergangenen Jahren zunehmend Entwicklungsprojekte finanziert, welche die MDGs unterstützen. Die Motive für solche freiwilligen Beiträge sind unterschiedlich. Sie reichen von selbstlosem Engagement für die Armen des Gastlandes, über Image- und Beziehungspflege bis zu strategischen Investitionen, welche im langfristig verstandenen, legitimen Eigeninteresse des Konzerns sind. Beispielsweise entspricht eine Investition in die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte in einem Entwicklungsland einem solchen Eigeninteresse.

Wasserverbrauch reduzieren

Eine Partnerschaft der Schweiz mit fünf Schweizer Unternehmen in Kolumbien ist seit 2009 bestrebt, den Wasserverbrauch der beteiligten Unternehmen in den Produktionsprozessen – den eigenen sowie denjenigen der Zulieferfirmen – zu reduzieren. Die Schweiz unterstützt dabei die beteiligten Partner mit Fachwissen und Koordination ihrer Anstrengungen zur Reduktion des Wasserverbrauchs. Die Schweiz erhofft sich dabei, dass die innovativen Lösungen danach in weiteren Ländern kopiert und angepasst werden, in denen Schweizer Unternehmen tätig sind.

Sozial- und umweltbewusste Managements werden in der Schweiz in manchen Fällen von Unternehmensstiftungen unterstützt. Die Stiftungen von Novartis und Syngenta beispielsweise kümmern sich u. a. um die Entwicklung jener Bevölkerungsschichten, die aufgrund ihrer Armut keinen Zugang zu den Produkten und Dienstleistungen der Branchen haben, in denen die Mutterhäuser tätig sind. Dies dient den Interessen der Armen ebenso wie den langfristigen Interessen der Unternehmen.

Das Millennium Villages Project (MVP)

In Zusammenarbeit mit Behörden und lokalen Partnern unterstützt die pharmazeutische Industrie der Schweiz nachhaltige Gesundheitsversorgung für die von der Krankheit am meisten betroffenen Menschen durch Wissenstransfer und Aufbau des erforderlichen technischen Know-how; sowie durch Anpassung der Patent- und Preispolitik zugunsten eines erleichterten Zugangs zu Arzneimitteln. So wurde beispielsweise das *Millennium Villages Project* (MVP) gemeinsam durch die Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung, dem Earth Institute der Columbia University, dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), sowie Millennium Promise mit dem Ziel gegründet, arme Gemeinden in ländlichen Regionen Afrikas bei der Erreichung der Millenniumsziele zu unterstützen. Das MVP ist in 14 Regionen in zehn afrikanischen Ländern aktiv. Diese Regionen liegen jeweils in wichtigen agroökologischen Zonen, die zusammen die Landbausysteme von 90 % der Agrarbevölkerung und 93 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Sub-Sahara-Region Afrikas repräsentieren. Das Projekt ist in 80 Dörfern aktiv und betreut fast 400 000 Menschen.

Forschung und Wissenschaft

Forschung und Innovation sind entscheidende Faktoren für eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung und für die Lösung globaler Probleme. Dies gilt gleichermaßen für reiche und arme Länder.

Die Schweiz unterstützt im Rahmen der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit Forschungsprojekte von Schweizer Universitäten und Hochschulen (insbesondere ETHZ, EPFL, IHEID, Universität Bern, Universität Basel, Universität Freiburg, Fachhochschulen), deren Resultate die Erreichung der MDGs unterstützen. Die internationale Wissenschaftskooperation der Schweiz hat eine lange Tradition. Seit über dreissig Jahren fördert die Schweiz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Forschung in und mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Entsprechend ihrem gesetzlichen Mandat ist die Forschungsunterstützung der DEZA entwicklungspolitisch motiviert: Sie leistet Beiträge an internationale Organisationen und Netzwerke (insbesondere CGIAR¹⁵), an lokale Forschungsinstitutionen (z. B. Ifakara Health Institute in Tansania)

¹⁵ Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung

¹⁶ Sie http://www.kfpe.ch/key_activities/publications/success_stories/

und an Forschungsprogramme mit dem Ziel, mit Forschung und Innovation einen Beitrag zur Armutsreduktion, zur Förderung der menschlichen Sicherheit oder zur Lösung von prioritären Entwicklungs- und globalen Problemen zu leisten.

Im Vordergrund steht die Produktion von neuen Erkenntnissen und innovativen Lösungsansätzen in Themenbereichen wie Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit, Konflikt und Transformation, Gesundheit, Wasser, Ressourcenmanagement, Klimawandel, Gouvernanz und Gender.

Die ODA-finanzierte Forschungstätigkeit ist so auszugestalten, dass sie zum Aufbau bzw. zur Stärkung von Forschungskompetenzen und Forschungsnetzwerken in entwicklungsrelevanten Themenfeldern beiträgt und sich positiv auf das institutionelle Forschungsumfeld in der Schweiz und den Partnerländern im Süden auswirkt. Partnerschaftlich ausgerichtete Forschungsprogramme (z. B. NCCR Nord-Süd) ermöglichen Schweizer Forschenden bzw. Schweizer Kompetenzzentren (ETH, Universitäten und Fachhochschulen) mit Forschungsinstitutionen in Afrika, Asien und Lateinamerika, gemeinsam an einer international aktuellen und inhaltlich relevanten Forschungsthematik prominent zu forschen. Die Forschungsk Kooperationen mit Entwicklungs- und Transitionsländern helfen damit der stark wachsenden Nachfrage der Politik nach Lösung globaler Probleme einschliesslich der Erreichung der MDGs gerecht zu werden.

Gemeinsam zum Erfolg – Was Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern bewirken¹⁶

Saubere Lösungen im schmutzigen Geschäft

Wachsende Städte und eine intensive Landwirtschaft verunreinigen die Oberflächengewässer in Südostasien. Wasserforscher aus der Schweiz haben zusammen mit ihren Partnern aus Thailand und Vietnam einfache Gegenmittel gefunden: neuartige Faulgruben und Pflanzenkläranlagen. In der Publikation der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) werden weitere erfolgreiche Projekte vorgestellt, die im Rahmen von Nord-Süd Forschungsprogrammen realisiert wurden. Sie zeigt anhand von Beispielen aus der Praxis, was Regionen-überschreitende Forschung leisten kann und durchleuchtet die sich stark ändernden Herausforderungen.

Schwierigkeiten auf dem Weg zu den MDGs

Der Erreichung der MDGs stehen Hindernisse im Wege. Viele davon sind globaler Natur, andere liegen in Entwicklungsländern. Eine dritte Kategorie von Schwierigkeiten betrifft primär die Geberstaaten, also auch die Schweiz.

Finanz- und Wirtschaftskrise

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise traf fast alle Entwicklungsländer hart. Ihre negativen Auswirkungen könnten die Erfolge der letzten Jahre in der Armutsbekämpfung relativieren und die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele verlangsamen. Die Preise auf den Rohstoffmärkten sanken. In rund 90 Entwicklungsländern macht der Verkauf von Rohstoffen über 50 % der Exporteinnahmen aus. Als Konsequenz verminderten sich die Staatseinnahmen, die in einigen afrikanischen Ländern infolge des Rohstoffbooms der letzten Jahre gestiegen waren. Der Fall der Preise betraf auch die Agrarmärkte. Nach Angaben der FAO waren die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel im 2009 rund 33 % niedriger als bei ihrem Rekordhoch (Juni 2008). Als Folge der wirtschaftlichen Rezession sank neben der Nachfrage nach Rohstoffen auch die Nachfrage nach verarbeiteten Exportgütern. Besonders betroffen waren Länder, welche auf die Exportindustrie als Motor ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gesetzt haben. In Chile, den Philippinen und Singapur waren die Exporte Anfang 2009 um über 40 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Gegenwärtig sehen die wirtschaftlichen Perspektiven armer Länder wieder positiver aus.

Unklare Verantwortlichkeiten und zu wenig Engagement von Regierungen

Die Erreichung der meisten MDGs hängt von den richtigen Politiken und deren Durchsetzung im Entwicklungsland ab. Das schwierige Erreichen der MDGs macht bewusst, dass Entwicklungszusammenarbeit vor allem dort Wirkung zeigt, wo die Institutionen im Partnerland, Regierung, Parlament, Justiz, Privatsektor und Zivilgesellschaft ihre volle Verantwortung wahrnehmen und auf konkrete Resultate hinarbeiten. Manches an Fortschritt könnte ohne zusätzliche ODA erzielt werden, gendgerechte Einschulungsraten für Kinder MDG 2 zum Beispiel, für anderes sind zusätzliche Mittel unabdingbar. Gefordert sind auch die multilateralen Institutionen, ihren Einfluss auf Regierungen geltend zu machen. Sie arbeiten in vielen Bereichen eng und komplementär zusammen. Der IWF hat ein starkes Mandat zur Verbesserung des makroökonomischen Rahmens armer Länder. Beispiele sind Steuerreformen und die Reform von Steuerverwaltungen, welche sicherstellen,

dass alle Steuern und Konzessionseinkommen transparent in die Staatskasse fliessen und zur Erreichung aller MDGs beitragen. Die Weltbank berät die Regierungen im Politikdialog und durch Analysen und hat dank ihrer Finanzkraft einen erheblichen Einfluss. Sie unterstützt Partner Regierungen in der Ausarbeitung ihrer Armutsreduktions-Strategien, deren Qualität für das Erreichen aller MDGs plus für die Zuteilung von genügend hohen Budgets für Bildung und Gesundheit verantwortlich ist. Capacity Development durch UNDP und bilaterale Geber sollte mittels Training des technischen Personals die Erreichung der MDGs 4, 5 und 6 ermöglichen. Regionale Entwicklungsbanken beraten Regierungen über regionale Wirtschaftsintegration. OECD Länder bleiben laut MDG 8 verantwortlich für ein angemessenes globales Entwicklungsbudget und für möglichst positive Ausseneinflüsse auf arme Länder, also entwicklungsfreundliche Handelspolitiken, Investitionspolitiken, Patentpolitiken und eine der Entwicklung förderliche Integration in das globale Wirtschaftssystem.

Widersprüchliche Interessen und Inkohärenz für Entwicklung

Die MDGs sind ein erstmaliger Versuch der Staatengemeinschaft, globale Ziele zu setzen und diese zu erreichen. Es ist nur logisch, dass dabei Interessenskonflikte und als Folge ein Mangel an Kohärenz für Entwicklung sichtbar werden. Die Interessen der Bauern Europas sind oft nicht kongruent mit den Interessen der Bauern im Süden. Patentschutz deckt sich nicht immer mit Menschlichkeit. Die Interessen der Finanzplätze des Nordens sind nicht immer kongruent mit den Entwicklungsprioritäten des Südens. Weil Entwicklungshilfe in manchen Ländern noch immer stark für politische und wirtschaftliche Eigeninteressen der Industrieländer instrumentalisiert wird, fliesst mindestens die Hälfte der globalen APD nicht in die ärmsten Länder und oft nicht in die Armutsrelevanten Sektoren, trägt also wenig zur Erreichung der MDGs 1–6 bei. Die laut *DAC Peer Review*¹⁷, vergleichsweise gut Armuts-fokussierte IZA der Schweiz korrigiert diese Tatsache nur um Weniges.

Richtige Prioritätensetzung nicht leicht

In jedem Entwicklungsland gibt es bestimmte wirtschaftliche, politische und soziale Faktoren, welche Entwicklung verlangsamen und potentielle Faktoren welche Entwicklung fördern. Diese zu identifizieren

¹⁷ Schweiz – Entwicklungshilfeausschuss (DAC) Peer Review, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), 2009.

und die Prioritäten unseres Entwicklungsprogramms entsprechend auszurichten, ist anspruchsvoll. Auf welchen Themen die Schweiz prioritär arbeiten will, ist ein weiterer wichtiger Entscheid. Einerseits wählt man Gebiete, wo die Schweiz glaubt, einen komparativen Vorteil zu besitzen, andererseits gilt es, prioritär die Bedürfnisse eines spezifischen Landes zu berücksichtigen. Das Entwicklungskomitee der OECD bemängelt in ihrer 2009 Studie, dass die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sich in zu vielen Themen engagiere. Um die Wirkung zu erhöhen und die Transaktionskosten zu verringern, ist deshalb künftig eine Fokussierung auf weniger Themen notwendig. Allerdings: eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit sollte immer auch einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der wichtige ökonomische, soziale oder ökologische Dimensionen einbezieht.

Wirkung nicht immer messbar

Es ist unmöglich zu sagen, inwieweit zum Beispiel die globale Armutsreduktion (MDG 1) auf die Interventionen einzelner Akteure zurückzuführen ist. Bereits die Frage, ob der Anstieg des Volkseinkommens in einem bestimmten Land (Wirkung) auf Entwicklungshilfe (Ursache) zurückzuführen ist, ist methodisch problematisch, weil es zu viele Einflussfaktoren gibt. Wirkung lässt sich aber in der Regel auf Projektebene nachweisen. So führen Projekte im Bereich der Wasserhygiene nachweislich zu einer Reduktion von Durchfallerkrankungen. Trotzdem hat es die Entwicklungszusammenarbeit der DAC Länder in der Vergangenheit nicht immer verstanden, ihre Erfolge richtig zu erfassen. Ebenso wichtig wie das Messen der Wirkung ist die Kommunikation darüber. Wirkung von Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen ist entscheidend, um die Unterstützung für öffentliche Entwicklungshilfe aufrecht zu erhalten. Der vorliegende Bericht soll einen Beitrag dazu leisten.

Genügend und wirksame Entwicklungshilfe

Die Schweiz ist ein mittleres Industrieland mit grossen globalen Interessen. Unsere Volkswirtschaft ist überdurchschnittlich in die globale Wirtschaft integriert und dabei überdurchschnittlich erfolgreich, in Produktion, Handel und Dienstleistungen, rund um die Welt. Dies bringt die Verpflichtung, sich an der Lösung der grossen Probleme der Welt, Armut, Konsequenzen des Klimawandels, hohe Nahrungsmittelpreise, unkontrollierte Migration, mit einem fairen Schweizer Anteil zu beteiligen. Unser Land ist gegenwärtig noch davon entfernt, die UNO-Zielvorgabe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe einsetzen zu können. Die gegenwärtigen 0,47 % sind zwar höher als bei unseren Nachbarländern Frankreich (0,46 %), Deutschland (0,35 %), Österreich (0,30 %) und Italien (0,16 %), es ist aber deutlich weniger als vergleichbar globalisierte und vergleichbar wohlhabende europäische Länder wie Norwegen (1,05 %), Luxemburg (1,01 %), Dänemark (0,88 %), Schweden (1,12 %), oder die Niederlande (0,82 %) bereitstellen.

Die Mehrheit unseres Volkes will in einer solidarischen Schweiz leben. Dabei darf das Engagement für globale Aufgaben nicht gegen Bedürfnisse im Inland ausgespielt werden. Der Einwand, Qualität sei wichtiger als Quantität, ist ebenfalls unbefriedigend: Die Schweiz will beides: Eine internationale Zusammenarbeit von hoher Qualität und gleichzeitig ein Volumen, welches unserem Wohlstand entspricht. Auf Initiative des Parlaments wird der Bundesrat im Herbst 2010 eine Botschaft vorlegen, um die ODA der Schweiz bis 2015 auf 0,5 % des BNE zu erhöhen.

Ausblick auf 2011–2015 und darüber hinaus

Die MDGs haben in den vergangenen zehn Jahren weltweit beachtliche politische und finanzielle Unterstützung für die Armutsreduktion mobilisiert und sie sollten zwischen 2011–2015 unverändert mit Energie angestrebt werden. Für die Gebergemeinschaft heisst dies, das Volumen der Hilfe mindestens beizubehalten oder zu erhöhen und gleichzeitig die Wirksamkeit der Entwicklungsanstrengungen zu steigern. Gleichzeitig braucht es neue zusätzliche Anstrengungen der industrialisierten Welt, um die Kohärenz der Ausseninflüsse auf Entwicklungsländer global zu verbessern, im Handel, in der Agrarpolitik, bei den Finanzflüssen, usw. Für den globalen Privatsektor heisst dies, die Entwicklungsanstrengungen der Konzerne im Rahmen der *Global Corporate Citizenship* ebenfalls zu intensivieren. Für die Regierungen der Entwicklungsländer heisst dies, ihre eigene Steuerbasis zu erweitern, die Effizienz ihrer Verwaltung zu steigern und mehr eigene Mittel in die Sektoren zu investieren welche die MDGs voranbringen.

Die Schweiz wird ihren Anteil an der internationalen Zusammenarbeit auch in den anstehenden fünf Jahren mindestens beibehalten oder erhöhen. Die gegenwärtige Neuausrichtung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zielt auf einen fokussierteren Einsatz der Mittel auf die Erreichung der MDGs, auf grössere Wirksamkeit und bessere Messung der Resultate. Die Schweiz hat im Rahmen der IKEZ bereits gewisse Massnahmen ergriffen um IKEZ effektiver zu machen und damit die Kohärenz für Entwicklung der Schweiz zu erhöhen. Die bereits enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wird beibehalten. Konsultationen mit dem globalen Privatsektor der Schweiz sind im Gange, u. a. mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit und einer besseren Nutzbarmachung des Wissens und der Erfahrung der Privatwirtschaft für die Entwicklungszusammenarbeit und das Erreichen der MDGs. Die Schweiz erklärt sich bereit, in allen multilateralen Gremien, ob WTO, UNO, Weltbank oder Regionalbanken, zusammen mit der Staatengemeinschaft bei der Gestaltung der globalen Regelwerke Hand zu bieten für Lösungen, welche die Entwicklungschancen armer Länder erhöhen.

Wie der Bericht der UNO und auch dieser Bericht zeigen, werden trotz aller Anstrengungen nur wenige MDGs bis 2015 vollständig erreicht werden können. Dies ist kein Grund zur Entmutigung, sondern Ansporn, unsere Anstrengungen in den anstehenden fünf Jahren entschieden zu verstärken. Das heisst für alle DEZA- und SECO Verantwortlichen im Feld die Ausrichtung ihrer Programme noch besser und wirk-

samer auf die Erreichung der MDGs auszurichten. Das heisst für IKEZ, Bundesrat und Parlament, die Kohärenz der Schweizer Aussenbeziehungen zu verbessern. Das heisst aber auch, für alle Verantwortlichen in Süd und Nord, an den Voraussetzungen weiterzuarbeiten, welche das Erreichen der MDGs erleichtern und die Hemmnisse zu beseitigen, welche die Ursache von zu langsamer Entwicklung sind.

Voraussetzungen für *jede* Entwicklung sind menschliche Sicherheit (Reduktion der Zahl der Konflikte), eine wachsende Wirtschaft (nachhaltig produktiv), ein funktionaler Staat (effizient, nachhaltig finanziert) und eine anpassungsfähige Gesellschaft (Bereitschaft zum Wandel). Voraussetzung für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung ist ein Low-CO₂-Entwicklungsweg für alle, der das Ökosystem nicht zerstört. Voraussetzung für eine sozial nachhaltige Entwicklung ist das Hinarbeiten auf eine globale Einhaltung der *Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen*.

In den anstehenden fünf Jahren – und über 2015 hinaus – sollte die internationale Gemeinschaft offener und direkter über die Ursachen stagnierender oder langsamer Entwicklung sprechen: Bewaffnete Konflikte und/oder eine instabile fragile Lage schaffen in manchen Entwicklungsländern Leid, lähmen die Wirtschaftstätigkeit und machen Fortschritt zunichte. Mangelnde Wirtschaftsleistung, kaum Innovation und zu wenig Investitionen resultieren vielerorts in 30–50 % Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, geringer Kaufkraft. Ein zu grosser, zu teurer und intransparenter Staat verbraucht in manchen Entwicklungsländern die lokalen Ersparnisse unproduktiv. In zu vielen armen Ländern werden zu wenig Eigenmittel (eigene Steuern, Gewinne von Rohstoffen) für die Entwicklung mobilisiert, also zu wenig Entwicklungsinvestitionen des Staates in Infrastruktur und essentielle Dienste wie Bildung und Gesundheit getätigt. Der Klimawandel zwingt manche LDCs zu teurer Adaptation. Die Emigration der gebildeten und initiativen Menschen aus armen Ländern hat zwar gewisse positive Effekte wie Remittances, schadet aber im Ursprungsland erheblich der Qualität von Wirtschaft und Staat.

Für die Zeit nach 2015 stellt sich die Frage, wie die bestehenden MDGs verbessert und den dann herrschenden Rahmenbedingungen angepasst werden können, damit ihre positive Wirkung bleibt oder stärker wird. Die Diskussion um die Nachfolge der MDGs nach 2015 sollte globalen Themen und Menschen-

rechten grösseres Gewicht beimessen sowie von einem Entwicklungsverständnis ausgehen, welches Armut breiter definiert als dies die MDGs heute implizit tun. Entwickelt sein heisst, in einer Gesellschaft zu leben, in der möglichst alle Menschen gute sozial und ökologisch verträgliche Optionen für ein Leben in Würde haben. Wer dieses Privileg nicht hat, ist arm. Ein solcher oder ähnlicher Armutsbegriff folgt der UNDP Definition von Armut und enthält die drei Dimensionen des Weltbank- Armutsbegriffs: 1. *fehlende Opportunitäten* (fehlender Zugang zu Bildung, zu Einkommen usw.), 2. *Verwundbarkeit und Unsicherheit* (Gefährdung durch wirtschaftliche Schockwirkungen, Gefährdung der Lebensgrundlage, Naturkatastrophen usw.) und 3. *Machtlosigkeit und Ausgrenzung* (kein Einfluss auf Rahmenbedingungen, keine politische Mitsprache usw.). Seit dem Jahr der Ausrufung der MDGs (2000) hat sich die Welt wirtschaftlich, sozial, ökologisch und politisch stark verändert. Dieser Prozess wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Was für Ziele sich die Weltgemeinschaft nach 2015 setzt, wird diesen Veränderungen Rechnung tragen müssen.

Wie die Erfahrung der vergangenen zehn Jahre zeigt, haben die gegenwärtigen MDGs schon früher diskutierte methodische Schwächen. Realistische Ziele kann sich setzen, wer den Weg zum Ziel kontrolliert.

Dies ist bei den MDGs der Staatengemeinschaft nur unvollständig der Fall. Ob die MDGs erreicht werden hängt stark ab von Faktoren ausserhalb der Kontrolle der UNO (globale Wirtschaftsentwicklung, Anzahl Kriege und Konflikte, Engagement der Regierungen in armen Ländern, usw) und nur teilweise von Faktoren unter Kontrolle der Autoren der MDGs.

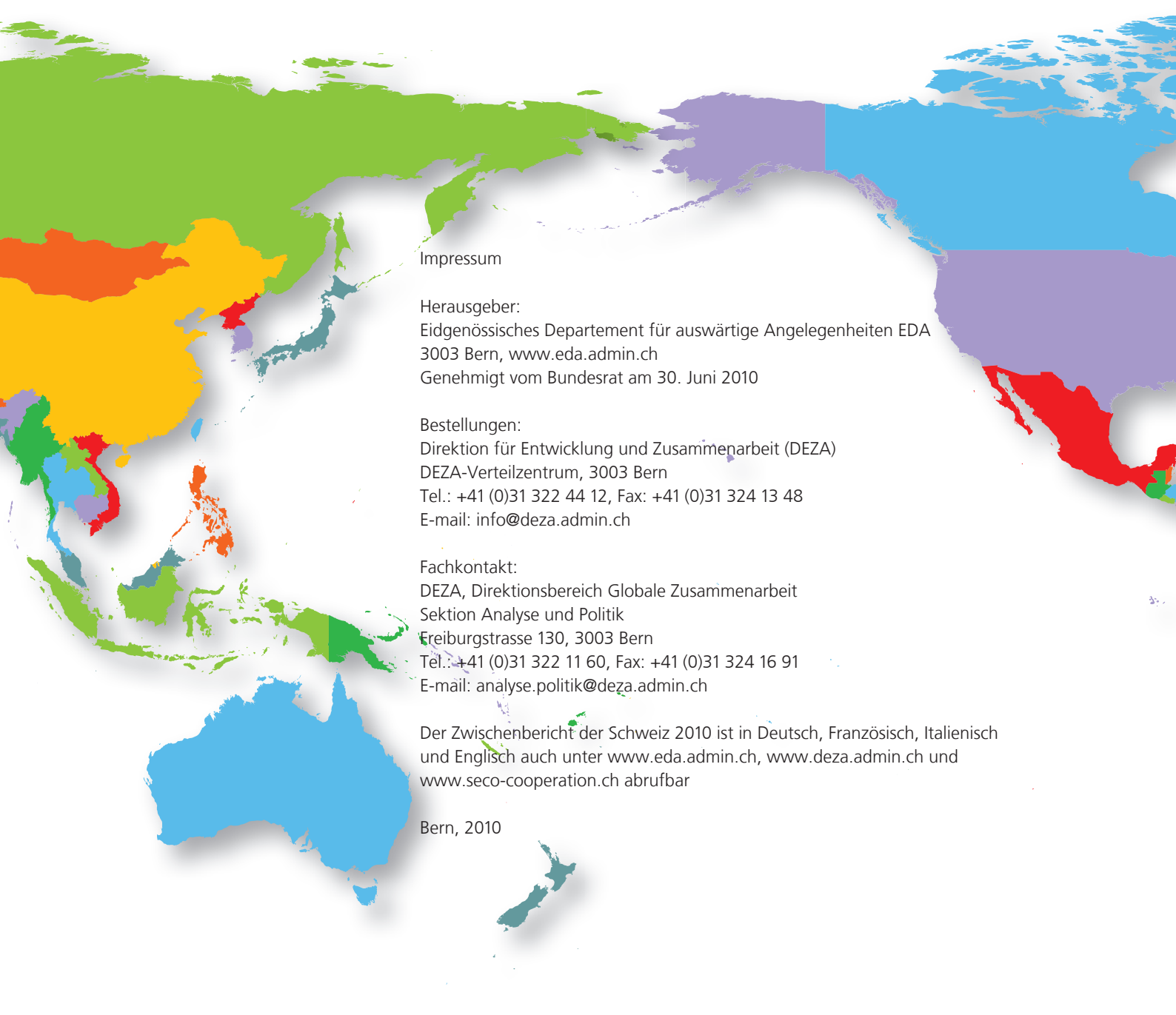
Die gegenwärtigen MDGs haben auch eine gewisse Tendenz, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Symptome der Armut zu richten und ODA in die sozialen Sektoren zu lenken, was dort problematisch sein kann, wo nicht gleichzeitig die Wirtschaftsleistung steigt, die Staatseinnahmen durch Besteuerung von Rohstoffen und Einkommen erhöht und in die Entwicklung investiert werden.

All dies kann bei einer künftigen Diskussion um die Neuformulierung der MDGs 2015 mitberücksichtigt werden. Die Messbarkeit des gemachten Fortschritts durch Indikatoren wird dabei wichtig bleiben. Indikatoren zeigen alle fünf oder zehn Jahre den einflussreichen Staaten sowie Regierungen und Interessengruppen, in welchem Zustand die Menschheit und der Planet sich befinden. Dadurch erhöhen die MDGs und deren Nachfolger auch nach 2015 in den Köpfen der Menschen die Reichweite ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung.

Abkürzungen

ACT	Artemisia-containing medicine
AIHRC	Afghanistan Independent Human Rights Commission
APD	Öffentlichen Entwicklungshilfe
BV	Bundesverfassung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CEDAW	Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research
CHF	Schweizer Franken
CIP	International Potato Centre.
CSR	Corporate Social Responsibility
CSTD	UN Commission on Science and Technology for Development
CSW	Kommission für die Rechtsstellung der Frau des UNO Wirtschafts- und Sozialrats
DAC	OECD Development Assistance Committee der OECD
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DMF	Debt Management Fazilität der Weltbank
DRK	Demokratische Republik Kongo
EAWAG	Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz
EDA	Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten
EFA FTI	Education for All Fast Track Initiative
EPFL	Ecole polytechnique fédérale de Lausanne
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
FAO	Food and Agricultural Organization of the United Nations
FIRST	Financial Sector Reform and Strengthening Initiative
GAFI	Groupe d'action financière sur la lutte contre le blanchiment de capitaux
GBEP	Global Bioenergy Partnership
GEF	Global Environment Facility
GEGs	Global Environmental Goals
GFATM	Global Fund to Fight Aids, Tuberculosis and Malaria
GNI	Gross National Income
GRB	Gender-Responsive Budgeting
GSPA	Global Strategy and Plan of Action on Public Health, Innovation and Intellectual Property
HIPC	Initiative für hochverschuldete arme Länder
ICAR	International Centre for Asset Recovery
ICTs	Information and communication technologies
IDANE	Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung
IDRC	International Development and Research Centre
IFAD	International Fund for Agricultural Development
IGF	UN Internet Governance Forum
IHEID	Institut de hautes études internationales et du développement
IICD	International Institute for Communication and Development
IKEZ	Interdepartementale Komitee für Entwicklung und Zusammenarbeit
ILO	International Labour Organization
ILRI	International Livestock Research Institute
IPDC	International Programme for the Development of Communication (Förderprogramm der UNESCO)
IPPF	Internationale Organisation für Sexuelle und Reproduktive Gesundheit
IRRI	International Rice Research Institute
ITC	Internationales Handelszentrum
ITU	International Telecommunication Union
IWF	Internationalen Währungsfonds
IZA	Internationale Zusammenarbeit
KFPE	Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern
LDCs	Least Developed Countries
MDG	Millennium Development Goal

MDRI	Multilateralen Entschuldungsinitiative
MMV	Medicines for Malaria Venture
MVP	Millennium Villages Project
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental organisation
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
ODA	Official Development Assistance
REPSI	Regional Psychosocial Support Initiative for Children Affected by AIDS, Poverty and Conflict
SEAF	Small Enterprise Assistance Fund
SDC	Swiss Agency for Development and Cooperation
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SIFEM	Swiss Investment Fund for Emerging Markets
SIPPO	Swiss Import Promotion Programme
SSACI	Swiss South Africa Cooperation Initiative
StAR	Stolen Assets Recovery Initiative
StEP	Solving the e-waste Problem
STI	Sexually Transmitted Infections
TDR	Spezialprogramm zu Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Tropenkrankheiten
TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
UN	United Nations
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS
UNCAC	United Nations Convention against Corruption
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFPA	United Nations Population Fund
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
WBCSD	World Business Council for Sustainable Development
WEF	World Economic Forum
WFP	World Food Programme
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WSIS	World Summit on the Information Society
WSP	Water-Sanitation Project der Weltbank
WTO	Welthandelsorganisation



Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern, www.eda.admin.ch
Genehmigt vom Bundesrat am 30. Juni 2010

Bestellungen:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
DEZA-Verteilzentrum, 3003 Bern
Tel.: +41 (0)31 322 44 12, Fax: +41 (0)31 324 13 48
E-mail: info@deza.admin.ch

Fachkontakt:

DEZA, Direktionsbereich Globale Zusammenarbeit
Sektion Analyse und Politik
Freiburgstrasse 130, 3003 Bern
Tel.: +41 (0)31 322 11 60, Fax: +41 (0)31 324 16 91
E-mail: analyse.politik@deza.admin.ch

Der Zwischenbericht der Schweiz 2010 ist in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch auch unter www.eda.admin.ch, www.deza.admin.ch und www.seco-cooperation.ch abrufbar

Bern, 2010